

Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland

Von Peter Krause* und Roland Habich**

Zusammenfassung

Der Übergang zur Marktwirtschaft erfolgte in den neuen Ländern im Unterschied zu anderen osteuropäischen Staaten unter dem Primat der sozialpolitischen Angleichung der Lebensbedingungen an das höhere Wohlstandsniveau der alten Länder. Bezüglich der Wohlstandsentwicklung, insbesondere im unteren Einkommensbereich, wie auch der subjektiven Bewertungsmaßstäbe lassen sich im Verlauf der 90er Jahre hierbei deutliche Angleichungsfortschritte aufzeigen. Für die noch verbleibenden Differenzen zwischen neuen und alten Ländern sind sowohl hinsichtlich der Einkommensunterschiede als auch der Zufriedenheitseinschätzungen derzeit keine weiteren schnellen Angleichungen absehbar. Gravierende Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern bestehen nach wie vor noch bezüglich der wahrgenommenen Qualität der Gesellschaft, insbesondere bei der Beurteilung von institutionellen Regelungen und sozialen Konflikten sowie der Realisierung von Gerechtigkeits- und Sicherheitsbedürfnissen.

1. Vorbemerkung

Im Unterschied zu anderen osteuropäischen Reformstaaten erfolgte der Übergang zur Marktwirtschaft in den neuen Ländern in erster Linie unter dem Primat der sozialpolitischen Angleichung der Lebensbedingungen und erst in zweiter Linie unter dem Gesichtspunkt rein ökonomischer Rationalität. Die Lebensverhältnisse der Bevölkerung im Osten des vereinigten Deutschlands sollten möglichst schnell an das höhere Wohlstandsniveau der westlichen Landesteile angeglichen werden. Ein Mezzogiorno in Form eines lang andauernden Wohlstandsgefälles innerhalb des Landes sollte auf jeden Fall vermieden werden. Hierüber herrschte weitgehend Einigkeit zwischen allen maßgeblichen politischen Kräften zu Beginn der 90er Jahre.

In diesem Beitrag kommt einer vergleichenden Darstellung der Entwicklung des Einkommens- und Lebensniveaus in den alten und neuen Bundesländern in den 90er Jahren eine besondere Bedeutung bei der Bewertung des Vereinigungsprozesses zu. Bei der Darstellung der Ergebnisse wird zunächst anhand der Angleichung der materiellen Lebensbedingungen der Verlauf der allgemeinen Wohlstandsentwicklung beschrieben. In einem weiteren Abschnitt werden die gruppenspezifischen Armuts- und Niedrigeinkommensquoten in Deutschland dokumentiert. Daran schließt sich eine globale Beschreibung der sub-

jektiven Anpassungsprozesse in beiden Teilen Deutschlands an. Der Ergebnisteil schließt mit einer empirischen Übersicht über die allgemeine sozialpolitische Beurteilung der Gesellschaft. Die Ergebnisse werden in einem Fazit zur Entwicklung von Einkommen und Lebensqualität in Deutschland seit der Vereinigung nochmals summarisch zusammengefasst.

Für die empirischen Analysen werden zwei Datenquellen herangezogen: Angaben über die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie einzelne Zufriedenheitsindikatoren stammen aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP). Das Gros der Analyse von subjektiven Indikatoren wird auf Basis der Wohlfahrtssurveys durchgeführt.

Das SOEP ist eine repräsentativ angelegte Wiederholungsbefragung, die seit 1984 in Westdeutschland läuft und die bereits im Juni 1990 — also noch vor Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (1. Juli 1990) und der deutschen Vereinigung (3. Oktober 1990) — auf die neuen Bundesländer ausgedehnt werden konnte¹. Bei

* Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, D-14191 Berlin; e-mail: pkrause@diw.de

** Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin; e-mail: rhabich@medea.wz-berlin.de

¹ Zur Durchführung des SOEP vgl. Projektgruppe Panel, 1995.

dieser Erhebung werden jährlich Personen und Haushalte wiederholt zu ihren Lebensbedingungen direkt befragt. Auf diese Weise lassen sich die Veränderungen der verfügbaren Einkommen und Bewertungen in den Neuen Bundesländern anhand der eigenen Angaben der Betroffenen von Beginn an beobachten.

Die Wohlfahrtssurveys sind neben dem SOEP eine der wichtigsten Datenquellen der deutschen Sozialberichterstattung (vgl. Habich 1996a; Habich/Noll 2000; Habich/Zapf 1993). Sie unterscheiden sich vom SOEP in mindestens zwei Aspekten: Zum einen sind sie Querschnitterhebungen, die seit 1978 in Westdeutschland in einem etwa vier- bis fünfjährigen Zeitabstand und seit 1990 auch in Ostdeutschland (vgl. Habich/Landua 1991) durchgeführt werden; zum anderen ist das Frageprogramm der Wohlfahrtssurveys in einem erheblichen Umfang auch auf die Erfassung subjektiver Indikatoren ausgerichtet.

Die Schaffung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ im vereinigten Deutschland bedeutet mehr als die Angleichung materieller Lebenslagen — moderne Gesellschaften zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie ihren Bürgern gleiche Chancen im Hinblick auf immaterielle Dimensionen der Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung bieten.

Das Konzept der individuellen Wohlfahrt, wie es in den Wohlfahrtssurveys operationalisiert wird, umfasst deshalb drei eigenständige Dimensionen: objektive Lebensbedingungen, subjektives Wohlbefinden und die „Qualität der Gesellschaft“. Erfasst werden deshalb nicht nur *objektive Lebensbedingungen* in verschiedenen Lebensbereichen (zum Beispiel Familie, Wohnen, Arbeitsmarkt, Einkommen), sondern auch das *subjektive Wohlbefinden* der Bürger, das heißt die jeweilige Wahrnehmung und Bewertung der gegebenen Situation, beispielsweise als Zufriedenheit oder als Unzufriedenheit. Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens beschreiben im Vergleich mit der objektiven Situation einen sozialen Tatbestand eigener Art, in den unter anderem das „soziale Klima“, die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realisierungschancen, die Bewertung des bisher Erreichten einfließen. Subjektives Wohlbefinden hat positive und negative Komponenten; also nicht nur Zufriedenheiten und Glück, sondern auch Ängste und Sorgen, Anomie, Pessimismus. Neben *objektiven Lebensbedingungen* und *subjektivem Wohlbefinden* geben schließlich Indikatoren über die dritte Dimension „*Qualität der Gesellschaft*“ Aufschluss darüber, wie die Bürger in Ost- und Westdeutschland die „gemeinsame“ Gesellschaft wahrnehmen und wie sie sich in dieser Gesellschaft verankern.

Die Entwicklung des Einkommens- und materiellen Lebensniveaus wird mit den Daten des SOEP anhand des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte² dargestellt. Die Einkommensangaben werden von der Auskunftsperson im Haushalt, die am Besten über alle Belange des Haushalts informiert ist, direkt erfragt.³ Bei dieser Frage werden von allen Haushaltsmitgliedern alle im lau-

fenden Monat anfallenden Einkünfte und Transfers berücksichtigt.⁴ Alle Einkommensangaben beziehen sich jeweils auf die gesamte Bevölkerung.⁵

Um das Wohlstandsniveau zwischen Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur vergleichen zu können, wird das verfügbare Haushaltseinkommen in so genannte Äquivalenzeinkommen umgerechnet — das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen⁶. Bei dieser Berechnungsweise wird davon ausgegangen, dass beispielsweise in einem Familienhaushalt (zwei Erwachsene und zwei kleine Kinder) ein um das 2,7fache höherer Bedarf besteht, als in einem Einpersonenhaushalt (zum Vergleich: beim Prokopfeinkommen geht man in diesem Fall vom 4fachen Bedarf aus). Auf dieses Wohlstandsmaß beziehen sich die weiteren Ausführungen⁷ zur Einkommensentwicklung auf Grundlage des SOEP.

Hieraus wird auch das Armutsmaß abgeleitet: Gemäß dem Vorgehen der Europäischen Union zählt als (einkommens-)arm, wer in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen nicht mehr als 50 % des arithmetischen Mittels in der Gesamtbevölkerung beträgt (Eurostat 1995).⁸ Ergänzend werden die 40 %-Schwelle zur Abgrenzung „strenger Armut“ sowie die 75 %-Schwelle zur

² In der Ursprungsstichprobe werden nur Privathaushalte befragt. Sofern jedoch Personen im Laufe der jährlichen Befragungen in Anstaltshaushalte (z. B. Altersheim etc.) gewechselt sind, werden diese nach Möglichkeit ebenfalls in die Befragung einbezogen. Die Anstaltsbevölkerung bleibt jedoch bei den vorliegenden Auswertungen unberücksichtigt.

³ Zur Erfassung von Einkommensfragen im SOEP vgl. Wagner (1991); Ergebnisse für unterschiedliche Einkommensberechnungen finden sich bei Bedau/Krause (1998), Krause/Habich (2000).

⁴ Bei dieser direkten Frage nach dem Umfang des verfügbaren monatlichen Einkommens im Haushalt treten teilweise Unterschätzungen auf; diese Unschärfen haben jedoch keine Auswirkungen auf die Interpretation des jährlichen Verlaufs, der bei dieser Betrachtung hier im Vordergrund steht.

⁵ Im Unterschied zur haushaltsspezifischen Betrachtungsweise werden hierbei alle Personen im Haushalt einschließlich Kinder einzeln gezählt.

⁶ Die Umrechnung in bedarfsgewichtete monatliche Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf, den Äquivalenzeinkommen, erfolgt unter Verwendung der älteren OECD-Skala. Dabei werden in jedem Haushalt dem Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von 1.0, jedem weiteren Erwachsenen ein Bedarfsgewicht von 0.7 und jedem Kind im Haushalt bis zum Alter von 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0.5 zugewiesen. Die Höhe der Bedarfsgewichte entspricht in etwa den Regelsatzproportionen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) nach der Berücksichtigung von Wohnkosten. Das Äquivalenzeinkommen errechnet sich analog dem Pro-Kopf-Einkommen, indem das erfragte Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe aller Personenbedarfsgewichte (beim Pro-Kopf-Einkommen: durch die Zahl der Haushaltsmitglieder) dividiert wird.

⁷ Die Äquivalenzeinkommen sind für alle Haushaltsmitglieder gleich: Dabei wird unterstellt, dass alle Ressourcen so im Haushalt bedarfsgerecht umverteilt werden, dass alle Haushaltsmitglieder dasselbe Wohlfahrtsniveau erzielen (vgl. Faik, 1995).

⁸ In neueren Veröffentlichungen verwendet EUROSTAT (Statistisches Amt der Europäischen Union) 60 % des Medians als Armutsschwelle (vgl. Eurostat, 1999).

Kennzeichnung des „prekären Wohlstandes“ (Hübinger 1996) herangezogen.

Andere Indikatoren aus dem SOEP beziehen sich zum Teil auf Individualangaben, die von jeder einzelnen Person im Haushalt über 16 Jahren direkt erfragt werden. In diesem Fall repräsentieren die Ergebnisse die Gesamtheit der *erwachsenen* Bevölkerung.

Befunde über die Entwicklung des Einkommensniveaus sind unbestritten grundlegende und notwendige Informationen über den Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland. Sie informieren über die finanziellen Ressourcen, die den Mitgliedern der Privathaushalte zur Verfügung stehen, um einen angemessenen Lebensstandard realisieren zu können. Einkommensangaben reichen allerdings nicht aus, um feststellen zu können, ob eine solche Realisierung gelungen oder noch nicht gelungen ist (vgl. Böhnke/Delhey 1999; Böhnke/Delhey 2000). Darüber können letztlich nur die Betroffenen selbst berichten, indem sie ihre entsprechenden Ansprüche und ihre darauf bezogenen subjektiven Bewertungen (Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit verschiedenen Aspekten ihres Lebens) äußern. Subjektive Indikatoren aus den Wohlfahrtssurveys nehmen darauf explizit Bezug (vgl. Delhey/Böhnke 1999).

2. Lebensstandard und die Entwicklung der verfügbaren Einkommen in den alten und neuen Bundesländern

Betrachtet man den Lebensstandard in den neuen Bundesländern heute, so offenbaren sich mit Blick auf das Ausgangsniveau die zum Teil gewaltigen Veränderungen — Verbesserungen, aber auch Friktionen; zugleich fallen aber auch die noch bestehenden Abstände zum westdeutschen Niveau ins Auge.

Es geht dabei auch um Massenkonsum und Massenwohlstand (vgl. Habich 1999; Zapf/Habich 1999). Diese waren in der alten Bundesrepublik die Basis erfolgreicher Modernisierung seit den 50er Jahren, weil dadurch die Teilhabe der breiten Bevölkerung an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolgen gewährleistet wurde. Dies kann anschaulich am Indikator „restitutiver Einkommensanteil“ gezeigt werden, der denjenigen Anteil des verfügbaren Haushaltseinkommens misst, der für die lebensnotwendigen Ausgaben (Ernährung, Kleidung, Wohnen) ausgegeben werden muss. Noch in den 50er Jahren benötigte ein Zwei-Personenhaushalt mit mittlerem Einkommen um die 80 % des verfügbaren Einkommens für diese lebensnotwendigen Ausgaben. Bis Ende der 90er Jahre ist dieser Anteil stetig bis zur 40 %-Marke abgesunken. Diese — je nach Haushaltstyp bis zu 40 Jahre dauernde — Entwicklung, dass man über mehr als die Hälfte des Einkommens auch tatsächlich „freier“ verfügen kann, dokumentiert sich in den immer größer werdenden Kon-

summöglichkeiten. Die Anschaffungen langlebiger Verbrauchsgüter stiegen parallel dazu erheblich an.

Betrachtet man nun die Entwicklung in Ostdeutschland nach 1990 (vgl. Habich 1999), kann ein enormer Aufholprozess festgestellt werden, der in Teilen doppelt bis dreimal so schnell ist wie in den 60er und 70er Jahren in Westdeutschland. Beim Telefon beispielsweise ist 1998 die Vollversorgung erreicht; die Ausstattung mit Pkws liegt ebenfalls auf westdeutschem Niveau.

Im Bereich der Haushaltsausstattung mit hochwertigen und langlebigen Konsumgütern haben 1990 noch große Diskrepanzen zwischen Ost- und Westdeutschland bestanden, die heute praktisch verschwunden sind. Auch im Bereich der Unterhaltungselektronik zeigen die Daten der EVS von 1998 kaum noch Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Haushalten. Ob es sich um PCs, um CD-Spieler, um Fernsehanschlüsse mit Kabel oder Satellitenschüsseln, um Faxgeräte, um Anrufbeantworter, um Videokameras oder Camcorder handelt — noch bestehende geringfügige Ausstattungsunterschiede dürften in kurzer Zeit verschwunden sein.

Bei der Haushaltsausstattung als „handgreiflicher“ Indikator des Lebensstandards und im Bereich des privaten Verbrauchs als Indikator der Einkommensverwendung bestehen heute mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede. Berichtenswerte Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es bei den Ausgaben; etwa im Anteil des monatlichen Einkommens, der für die Wohnung ausgegeben werden muss, beim Anteil, der auf die Ernährung entfällt sowie beim Anteil für Auto, Telefon etc. Während bei den beiden letzten Indikatoren im Osten leicht höhere Anteile als im Westen zu finden sind, zeigt die Mietbelastung ein gegenteiliges Bild. Zwar hat sich die Mietbelastung für alle Haushaltstypen von 1992 bis 1997 praktisch verdoppelt und im Zuge dessen der Wohnstandard auch nachhaltig verbessert. Die Belastungsquote liegt allerdings noch erheblich hinter dem westdeutschen Niveau (Frick/Lahmann 1997). Sie liegt in Ostdeutschland im Jahre 1997 zwischen 11,7 % (Haushalte mit höherem Einkommen) und 17,6 % bei Rentnerhaushalten — solche Anteile waren in Westdeutschland in den 60er Jahren zu finden (vgl. Habich 1999).

Die große Konsumwelle geht nicht zuletzt auf eine deutliche Steigerung der Einkommen zurück. Die monatlich verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind nach der Vereinigung nominal in den alten Bundesländern von durchschnittlich 3677 DM im Jahr 1991 auf 4311 DM im Jahr 1997 und in den neuen Bundesländern im selben Zeitraum von 2058 DM auf 3542 DM gestiegen (vgl. Tabelle 1).⁹ Dies entspricht einer Steigerungsrate von

⁹ Bei diesen Durchschnittswerten ist zu beachten, dass diese sich auf die Gesamtheit der Personen beziehen; Mehrpersonenhaushalte gehen entsprechend ihrer Haushaltsgröße mehrfach in die Berechnung ein.

17,2 % in den alten und von 72,1 % in den neuen Bundesländern. Die daraus abgeleiteten Äquivalenzeinkommen der privaten Haushalte sind im selben Zeitraum in den alten Bundesländern von 1747 auf 2075 DM und damit um 18,8 % und in den neuen Bundesländern von 936 DM auf 1697 DM um 81,3 % angewachsen. Die Steigerungsrate der Äquivalenzeinkommen liegt aufgrund von Veränderungen in der Zusammensetzung der Haushalte etwas höher als die der ursprünglichen Haushaltseinkommen. Diese in den alten wie auch in den neuen Bundesländern zu beobachtende demographisch bedingte Wohlstandssteigerung ist in ihrem Umfang jedoch für den hier betrachteten Zeitraum noch eher marginal.

Die jährlichen Steigerungsraten der Äquivalenzeinkommen weisen in den alten Bundesländern nominal bis 1993 noch Werte um 3 bis 4 % auf, die sich ab 1994 aber spürbar verlangsamten (vgl. Tabelle 2).¹⁰ Aufgrund der zu Beginn der 90er Jahre ebenfalls höheren Preissteigerungen sind in den alten Bundesländern bereits im gesamten Verlauf der 90er Jahren keine realen Wohlstandsgewinne mehr zu verzeichnen.¹¹

Demgegenüber erreichten in den neuen Bundesländern bei nominaler Betrachtung die jährlichen Steigerungsraten der Äquivalenzeinkommen zu Beginn der 90er Jahre Werte bis zu über 20 %, die sich im weiteren zeitlichen Verlauf kontinuierlich verringerten. Trotz der insbesondere unmittelbar nach der Vereinigung ebenfalls sehr hohen Preissteigerungsraten ergibt sich im Jahr 1991 noch ein reales Einkommenswachstum gegenüber dem Vorjahr um 7,7 %, das sich bis zum Jahr 1997 schrittweise auf 1,2 % verringert.

Infolge dessen hat sich die Relation von Ost- zu Westeinkommen nominal von 53 % im Jahr 1991 auf 82 % im Jahr 1997 erhöht (vgl. Tabelle 3). Hierbei sind allerdings die insbesondere zu Beginn der 90er Jahre noch erheblichen Kaufkraftunterschiede zwischen Ost und West nicht berücksichtigt. Im Jahr 1997 liegen die Kaufkraftdifferenzen noch bei etwa 5 % und damit in einem Umfang, der regional differenzierten Preisunterschieden gleichkommt. Stellt man im Zeitverlauf die unterschiedlichen Kaufkraftparitäten in Rechnung, so haben sich die faktischen Einkommensrelationen von neuen zu alten Bundesländern von 69 % im Jahr 1991 auf 86 % im Jahr 1997 erhöht¹².

¹⁰ Die Steigerungsraten beziehen sich auf die Einkommensverhältnisse im jeweiligen Interviewmonat; die Interviews wurden in Ostdeutschland im Jahr 1990 im Juni und in den darauf folgenden Jahren überwiegend im ersten Drittel des jeweiligen Jahres durchgeführt. Die jahresbezogenen Steigerungsraten auf Basis ausgewählter Interviewmonate sind somit vor allem zu Beginn der Transformation im Vergleich zu Jahresdurchschnittswerten aufgrund der hohen Steigerungsraten im Jahresverlauf möglicherweise überschätzt; diese tendenzielle Überbewertung ist jedoch so marginal, dass sich hieraus keine Einschränkungen bei der Interpretation der Entwicklungen im zeitlichen Verlauf ergeben.

¹¹ Im Jahr 1995 ist bei den Äquivalenzeinkommen gegenüber dem Vorjahr eine Steigerungsrate von über 6 % zu beobachten. Dieser einmalig hohe Wert ist möglicherweise auf eine Umstellung im Befragungsprogramm zurückzuführen: ab 1995 werden einige Einkommenskomponenten im SOEP auch auf Monatsbasis detaillierter erfasst; diese Umstellung hat möglicherweise zu einer präziseren Angabe der Einkommen beigetragen.

Die negative Steigerungsrate im Jahr 1996 ist auf die in diesem Jahr erstmals erfolgende Berücksichtigung von Zuwanderern nach Westdeutschland zurückzuführen.

¹² Zur Berechnungsweise der Kaufkraftunterschiede vgl. Krause, 1994; Die ausgewiesenen Kaufkraftparitäten beruhen auf den

Tabelle 1

Verfügbare Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte¹⁾
im vereinigten Deutschland²⁾
Mittelwert in DM

	Haushaltsnettoeinkommen (im Monat)			Äquivalenzeinkommen ³⁾ (im Monat)		
	Insgesamt ⁴⁾	West	Ost	Insgesamt ⁴⁾	West	Ost
1990	3 244	3 601	1 767 ⁵⁾	1 514	1 691	783 ⁵⁾
1991	3 369	3 677	2 058	1 593	1 747	936
1992	3 619	3 902	2 491	1 694	1 833	145
1993	3 798	4 015	2 912	1 807	1 921	1 349
1994	3 898	4 078	3 157	1 866	1 958	1 486
1995	4 080	4 255	3 412	1 975	2 083	1 569
1996	4 115	4 273	3 467	1 978	2 061	1 644
1997	4 166	4 311	3 557	2 001	2 075	1 701

¹⁾ Die Angaben beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung. Aussiedler, Übersiedler und Asylbewerber, die seit 1985 nach Westdeutschland zugezogen sind, werden von 1996 an berücksichtigt. — ²⁾ 1990 früheres Bundesgebiet und Neue Bundesländer; seit 1991 Deutschland insgesamt. — ³⁾ Bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen sind abgeleitet aus der älteren OECD-Skala: 1. Erwachsener = 1,0; alle weiteren Erwachsenen im Haushalt = 0,7; alle Kinder bis 14 Jahre = 0,5. — ⁴⁾ Nominaler Mittelwert, ohne Berücksichtigung von Kaufkraftdifferenzen. — ⁵⁾ Angaben vom Juni 1990 in Mark.

Quelle: SOEP.

Tabelle 2

Jährliche Veränderung der verfügbaren Einkommen in Deutschland
in %

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Steigerungsraten der monatlichen Äquivalenzeinkommen (nominal)							
West	3,4	4,9	4,8	1,9	6,4	-1,1	0,7
Ost	19,5	22,3	17,9	10,1	5,8	4,6	3,2
Steigerungsraten des Preisindex der Lebenshaltung							
West	3,4	4,0	3,6	2,7	1,7	1,4	1,8
Ost	-	13,5	10,5	3,7	2,1	2,2	2,1
Steigerungsraten der monatlichen Äquivalenzeinkommen (real)							
West	0,0	0,9	1,1	-0,8	4,6	-2,4	-1,1
Ost	-	7,7	6,7	6,2	3,6	2,4	1,2
Quelle: SOEP (unter Verwendung der Preisindizes des Statistischen Bundesamtes).							

Mit anderen Worten: In den neuen Bundesländern gibt es unmittelbar nach der Vereinigung ein hohes reales Einkommenswachstum, das sich inzwischen aber spürbar verlangsamt hat. In den alten Ländern stagnieren hingegen seit mehreren Jahren die Realeinkommen beziehungsweise sind seit Mitte der 90er Jahre rückläufig. Damit hat sich — auch kaufkraftbereinigt — der unmittelbar nach der Vereinigung noch hohe Einkommensabstand zwischen alten und neuen Bundesländern weiter verringert. Dennoch liegen die ostdeutschen Durchschnittseinkommen im Jahr 1997 noch um 14 % unter den westdeutschen Werten. Ein weiterer schneller Abbau dieses verbleibenden Einkommensabstandes ist indes derzeit nicht absehbar.

3. Ungleichheit und Armut in den alten und neuen Bundesländern

Nicht nur hinsichtlich des Wohlstandsniveaus, sondern auch in der Verteilung der verfügbaren Einkommen bestanden zu Beginn der Transformation beträchtliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern. Das Ausmaß der Einkommensungleichheit in den alten

Bundesländern liegt — gemessen an anderen europäischen Ländern — auf einem mittleren Niveau (d. h. höher als in Dänemark und den Niederlanden; niedriger als in Frankreich oder Großbritannien oder den südeuropäischen Ländern; vgl. Eurostat 1995). Im Vergleich dazu war die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in den neuen Bundesländern, den Idealen der sozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik folgend, zur Zeit der Vereinigung ausgesprochen gering ausgeprägt.

An dieser Differenz hat sich im Kern im Verlauf der 90er Jahre überraschend wenig geändert (Tabelle 4). Die Einkommensanteile haben sich in den alten Bundesländern von 1991 bis 1997 nicht in grundlegender Weise verändert (vgl. Biewen 2000). Die reichsten 5 % der Bevölkerung haben hier einen Anteil am Gesamteinkommen zwischen 12 % und 14 %, den ärmsten 5 % verbleibt hingegen lediglich ein Einkommensanteil um 1,7 %. Das reichste Bevölkerungsquintil umfasst in den alten Bundesländern mehr als ein Drittel aller Einkommen, das ärmste Quintil hingegen weniger als 10 %.

revidierten Preisindizes des Statistischen Bundesamtes (vgl. Elbel, 1995).

Tabelle 3

Kaufkraftunterschiede und relativer Einkommensabstand¹⁾

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Kaufkraftunterschiede ²⁾							
Ost (West = 100)	129,1	114,6	107,9	106,9	106,4	105,6	105,3
Relativer Einkommensabstand von Ost- zu Westdeutschland (West = 100)							
Nominal	53,6	62,4	70,3	75,9	75,5	79,8	81,8
Kaufkraftbereinigt	69,1	71,5	75,8	81,1	80,3	84,2	86,1
¹⁾ Gemessen am Äquivalenzeinkommen. — ²⁾ Bis 1994 bezogen auf eine dreimonatige Interviewperiode am Jahresanfang; von 1995 an bezogen auf Jahresdurchschnittswerte. Quelle: SOEP (unter Verwendung der Preisindizes des Statistischen Bundesamtes).							

Tabelle 4

**Einkommensanteile¹⁾ in den alten und neuen Bundesländern
nach Einkommensgruppen
in %**

	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	1991	1994	1997	1991	1994	1997
Reichste 5 %	12,4	13,2	12,5	10,0	10,3	10,8
Reichste 10 %	21,0	22,0	21,1	17,6	18,0	18,4
Reichste 20 %	35,2	36,2	35,4	30,8	31,5	31,6
Mittlere 50 %	45,5	44,9	45,3	47,9	48,1	47,8
Ärmste 20 %	9,8	9,5	9,8	11,5	10,7	11,0
Ärmste 10 %	4,1	4,0	4,1	4,9	4,4	4,6
Ärmste 5 %	1,7	1,6	1,8	2,0	1,8	2,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
¹⁾ Anteil der Äquivalenzeinkommen in der jeweiligen Einkommensgruppe an der jeweiligen Gesamtheit der Äquivalenzeinkommen. Quelle: SOEP.						

In den neuen Bundesländern sind die Einkommensanteile gleichmäßiger über die Bevölkerungsgruppen verteilt: Die reichsten 5 % der Bevölkerung haben hier einen Anteil am Gesamteinkommen von 10 % bei steigender Tendenz, den ärmsten 5 % verbleibt ein Einkommensanteil von etwa 2 %. Das reichste Bevölkerungsquintil umfasst so in den neuen Bundesländern etwa ein 30 bis 32 % aller Einkommen, das ärmste Quintil hingegen noch 10 bis 12 %.

Der geringere Durchschnittswert sowie die geringere Streuung der Einkommen in den neuen im Vergleich zu den alten Bundesländern ist jedoch weniger auf Unterschiede im unteren als vielmehr auf eine geringere Differenzierung der Einkommen im oberen Einkommensbereich zurückzuführen. Im unteren Einkommensbereich liegen die Durchschnittseinkommen in den alten und neuen

Bundesländern nahezu gleichauf. Je weiter man sich jedoch in der Einkommensschichtung nach oben bewegt, desto mehr vergrößert sich der relative Einkommensabstand zwischen alten und neuen Ländern (Krause 1998; Krause/Habich 2000).

Detailliertere Indikatoren zur Kennzeichnung des Ausmaßes der Einkommensungleichheit (Tabelle 5) wie der Gini-Koeffizient oder die verschiedenen Koeffizienten der Entropie-Familie (Theil-Koeffizient, die mittlere logarithmische Abweichung [MLD] oder die Hälfte des quadrierten Variationskoeffizienten [SCV])¹³ belegen indes einen ein-

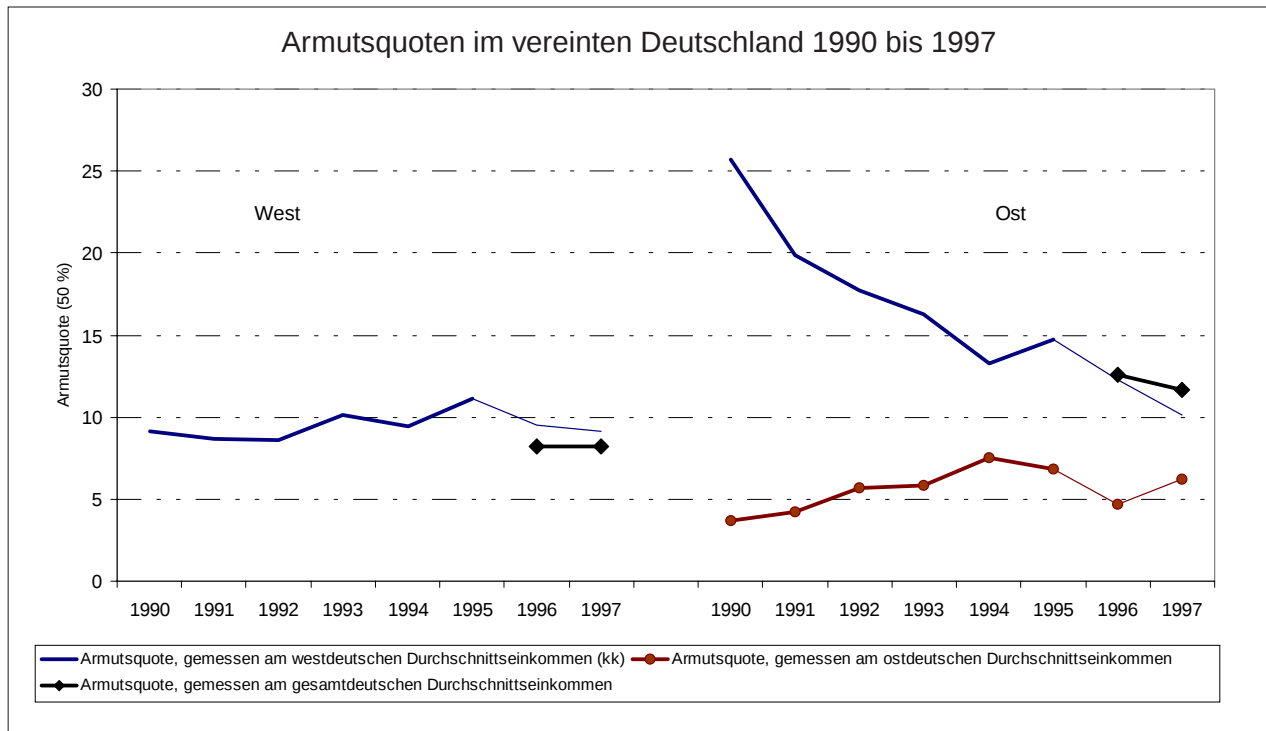
¹³ Die Ungleichheitsmaße sind jeweils sensitiv für Veränderungen im unteren, mittleren oder oberen Einkommensbereich. Vgl. Cowell 1995; Schwarze 1997; Hauser/ Wagner 2000.

Tabelle 5

Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Ungleichheitsmaße — Alte Bundesländer							
Gini	25,4	25,4	26,2	26,7	27,4	26,1	25,6
MLD	10,7	10,9	11,7	11,9	12,7	11,3	10,8
Theil 1	11,0	11,3	12,0	12,6	14,6	12,0	11,1
SCV	26,1	28,2	30,4	32,8	46,7	31,3	26,9
SCV _{topcod} ¹⁾	21,8	21,2	22,9	23,5	23,7	22,7	22,3
Ungleichheitsmaße — Neue Bundesländer							
Gini	19,1	19,2	20,7	20,8	21,1	20,3	20,7
MLD	6,3	6,2	7,4	7,5	7,6	7,0	7,4
Theil 1	6,2	6,1	7,4	7,3	7,5	6,9	7,7
SCV	13,5	12,9	16,7	15,8	17,0	15,2	18,7
SCV _{topcod} ¹⁾	11,8	11,9	13,4	13,7	13,9	13,0	13,3
¹⁾ Der SCV wird auf Grund seiner Anfälligkeit für Extremwerte im oberen Einkommensbereich auch mit einer Recodierung berechnet, bei der den 1 % der Bevölkerung mit den höchsten Einkommenswerten der Schwellenwert des 99. Perzentils zugewiesen wird (Top-Coding). Quelle: SOEP.							

Abbildung 1



heitlich nicht linearen Entwicklungstrend. In den alten wie in den neuen Bundesländern war in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine Zunahme der Einkommensungleichheit zu beobachten (vgl. Becker/Hauser 1997). Ab Mitte der 90er Jahre setzt sich jedoch dieser Polarisierungstrend zunächst nicht weiter fort. Die Einkommensungleichheit ist bezogen auf das hier zugrunde liegende Einkommensmaß kurzzeitig sogar rückläufig. Im Jahr 1997 verharrt die Ungleichheitsentwicklung in den alten Bundesländern auf dem wiederum verringerten Niveau, wohingegen in den neuen Bundesländer alle Koeffizienten in diesem Jahr bereits einen Wiederanstieg der Ungleichheit ausweisen.

Relative Niedrigeinkommens- und Armutsquoten indizieren eine unzureichende Teilhabe an der allgemeinen Lebensweise, die im Allgemeinen durch ein mittleres Einkommensniveau ihren Ausdruck findet. Sie folgen damit weitgehend im zeitlichen Verlauf der Einkommensungleichheit im unteren Bereich der Einkommensverteilung (vgl. Abbildung 1). In den alten Bundesländern ergeben sich vereinfacht im langjährigen Vergleich in etwa folgende Relationen: In strenger Armut (40 %-Schwelle) leben etwa 4 % der Bevölkerung, in mittlerer Armut (50 %-Schwelle) 8,6 bis 11,1 % und im Bereich des prekären Wohlstands (75 %-Schwelle) etwa 35 % der Bevölkerung (vgl. Krause/Habich 2000). Die Armutsquoten sind in den alten Bundesländern in der ersten Hälfte der 90er Jahre gestiegen. Dieser Anstieg setzt sich indes ab Mitte der 90er Jahre infolge der nachlassenden Ungleichheitsentwicklung in den alten Bundesländern zunächst nicht weiter fort.

In Ostdeutschland ist das Ausmaß der relativen Armut schwieriger zu messen. Legt man allein die ostdeutsche Einkommensverteilung zugrunde, so hat sich die Armut ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau mit Zunahme der Ungleichheit im Laufe der 90er Jahre erhöht. Legt man hingegen das westdeutsche Durchschnittseinkommen als Referenzeinkommen zur Ableitung der Armutsschwelle in den neuen Bundesländern zugrunde, so hat sich die Armutsquote aufgrund der starken Einkommenssteigerung und der damit verbundenen Verringerung des relativen Einkommensabstandes ausgehend von einem hohen Niveau deutlich verringert. Im Zeitverlauf nähern sich beide Betrachtungsweisen an (vgl. auch Abbildung 1, rechte Seite) und konvergieren etwa in Höhe des westdeutschen Niveaus.

Komplexere Armutsindizes nach Forster, Greere, Thorbeck (1984) bestätigen diesen Verlauf. Diese Indizes berücksichtigen neben dem bisher beschriebenen Ausmaß der Armut auch zudem die Intensität der Armut sowie die Ungleichheit innerhalb der Armutsbevölkerung und drücken so eine zunehmende Sensitivität gegenüber den Ärmsten unter den Armen aus (vgl. Jenkins/Lambert 1998). Demnach hat nicht nur das Ausmaß, sondern auch die Intensität der Armut bis Mitte der 90er Jahre in den alten und neuen Ländern zugenommen. Dieser Anstieg setzt sich indes ebenfalls nach 1995 nicht mehr weiter fort, wobei in den neuen Bundesländern 1997 ebenfalls ein neuerlicher Anstieg der Armutsindizes zu beobachten ist.

Die getrennte Betrachtung in den alten und neuen Ländern ist in der ersten Hälfte der 90er Jahre notwendig, um die Armutsentwicklung in Deutschland unmittelbar nach der Vereinigung angemessen zu beschreiben. Inzwischen kann man jedoch davon ausgehen, dass sich die Bewertungsmaßstäbe angenähert haben und in zunehmendem Maße die Lebensbedingungen in ganz Deutschland einheitlich als Referenz des gemeinsamen Wohlstandsstandards herangezogen werden. Zudem sind Kaufkraftunterschiede zwischen alten und neuen Ländern inzwischen insoweit abgebaut, dass sie wahrscheinlich nicht mehr über den Rahmen der in beiden Landesteilen zu findenden regionalen Unterschiede hinausgehen. Für 1996 und 1997 wird deshalb auf Armutsquoten, bezogen auf den gesamtdeutschen Einkommensdurchschnitt, verwiesen.

Darauf bezogen ist die Armutsquote in den Jahren 1996 bis 1997 in ganz Deutschland von 9,1 % auf 8,8 % zurückgegangen (Tabelle 6). Dieser Rückgang ist auf die infolge der weiteren Einkommensangleichung rückläufigen Armutsquoten in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Gemessen am gesamtdeutschen Durchschnitt liegen die Armutsquoten 1997 in den neuen Ländern bei 12,7 % und damit deutlich höher als in den alten Ländern (8,2 %).

Die Armutsquoten liegen damit gesamtdeutsch niedriger als wenn man nur die alten Bundesländer für sich betrachtet. Dies kommt daher, dass durch die niedrigeren Einkommen in den neuen Ländern der Einkommensmittelwert im Vergleich zu den alten Ländern nach unten gedrückt wird. Zugleich fügen sich die Einkommen der neu-

en Bundesländer relativ homogen in den unteren Bereich der Einkommen der alten Bundesländer ein, so dass sich durch die Verknüpfung beider regionsspezifischen Verteilungen keine Erhöhung der Ungleichheit ergeben hat.

Gesamtdeutsch betrachtet, ist die Quote der strengen Armut von 1996 bis 1997 ebenfalls rückläufig; hier allerdings infolge der rückläufigen Werte in den alten Bundesländern. Die Quote des prekären Wohlstandes liegt indes nach dieser Messung 1996 bis 1997 nahezu konstant bei insgesamt 35 % — in den alten Bundesländern leben 33 % und in den neuen Ländern 43,5 % der jeweiligen Bevölkerung in Einkommensverhältnissen, die nicht mehr als 75 % des Durchschnittseinkommens betragen.

4. Armut und Niedrigeinkommen bei der Bevölkerung in Deutschland 1997

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre haben sich die Erwartungsmuster und zum gut Teil auch die Einkommensverhältnisse der neuen Bundesländer insoweit an die der alten Bundesländern angeglichen, dass man nunmehr von einem gemeinsamen Ganzen ausgehen kann. Entsprechend werden die nach Bevölkerungsgruppen gegliederten relativen Armuts- und Niedrigeinkommensquoten für das Jahr 1997 auf Grundlage des gesamtdeutschen Durchschnittseinkommens errechnet und für Deutschland insgesamt dargestellt. Um den Stand der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen alten und neuen Bundesländern auch in dieser Phase zu dokumentieren, werden in Ergänzung zur gesamtdeutschen Gliederung auch die entsprechenden Werte für die neu-

Tabelle 6

Anteil der Personen mit Niedrigeinkommen im vereinigten Deutschland 1996, 1997 in %

Gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen (nominal)			
	„Strenge Armut“ 40 %-Schwelle ¹⁾	„Armut“ 50 %-Schwelle ¹⁾	„Prekärer Wohlstand“ 75 %-Schwelle ¹⁾
Insgesamt			
1996	3,7	9,1	34,3
1997	3,4	8,8	35,2
West			
1996	3,7	8,2	32,1
1997	3,0	8,2	33,1
Ost			
1996	4,0	12,7	43,3
1997	4,8	11,6	43,7
¹⁾ Gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen (arithmetisches Mittel). Quelle: SOEP.			

en Bundesländer nochmals separat ausgewiesen. Aufgrund der vielerorts noch bestehenden Kaufkraftvorteile werden bei einigen Bevölkerungsgruppen in den neuen Ländern die Armuts- und Niedrigeinkommensquoten¹⁴ in Relation zum gesamtdeutschen Durchschnitt dabei tendenziell überschätzt.

Gemessen am gesamtdeutschen Durchschnitt lebten 1997 im *Bundesgebiet* knapp 9 % der Bevölkerung in Armut und 35 % in prekärem Wohlstand (vgl. Tabelle 7). In den neuen Bundesländern liegt die Armutsquote bei knapp 12 % und 44 % der Bevölkerung sind von prekärem Wohlstand betroffen. *Frauen* haben marginal höhere Armuts- und Niedrigeinkommensquoten als Männer; dies gilt auch für die neuen Bundesländer. *Ausländer und Zuwanderer* weisen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre weit überproportional hohe Quoten an Armut und Niedrigeinkommen auf. *Erwerbstätige* sind unter der Erwachsenenpopulation im Bundesgebiet von Armut und — sofern vollzeitlich beschäftigt — auch von Niedrigeinkommen unterdurchschnittlich erfasst. Demgegenüber leben allem voran *Arbeitslose*, aber auch *in Ausbildung Befindliche* zu einem hohen Maße in Armut und prekärem Wohlstand. In den neuen Ländern liegt die Armuts- und Niedrigeinkommensquote von Erwerbstätigen (insbesondere bei Teilzeitbeschäftigten) sowie von Arbeitslosen noch etwas über den gesamtdeutschen Vergleichswerten. Unter den Hauptschulabsolventen mit Lehre sind im Bundesgebiet 10 % der Erwachsenen von Armut betroffen, ohne Lehre sogar mehr als 15 %, unter den Erwachsenen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss liegt die Quote hingegen bei 1,1 %. Die Niedrigeinkommensquoten sind — bei gleicher Rangfolge — gleichförmiger über die *Bildungsniveaus* verteilt. In den neuen Bundesländern weisen insbesondere die mittleren Bildungsabschlüsse höhere Betroffenheitsquoten an Armut und Niedrigeinkommen auf, als die entsprechenden Gruppen in Deutschland insgesamt.

Kleinere *Gemeinden* sind bundesweit eher überdurchschnittlich von Armut und prekärem Wohlstand betroffen, städtische Metropolen hingegen eher unterdurchschnittlich. Die insgesamt höheren Armuts- und Niedrigeinkommensquoten in den neuen Ländern beruhen vor allem auf höheren Quoten in den mittleren und kleineren Städten sowie den Landgemeinden, nicht jedoch auf unterschiedlichen Quoten in den Großstädten und Metropolen. Damit liegen die Armuts- und Niedrigeinkommensquoten in den neuen Bundesländern vor allem in den Regionen höher, in denen man auch am ehesten von Kaufkraftvorteilen gegenüber dem Bundesgebiet ausgehen kann.

Bezogen auf die *Altersgliederung* gilt im Jahr 1997 im Bundesgebiet: je höher die Altersgruppe desto niedriger die Armut und — in eingeschränktem Maße — desto niedriger auch der prekäre Wohlstand. So wachsen mehr als die Hälfte der Kinder im Alter bis 15 Jahren in Deutschland in prekären Wohlstandsbedingungen auf, darunter

knapp 14 % unter der Armutsgrenze im Vergleich zu 23 % mit Niedrigeinkommen und 2,6 % mit Armut konfrontierten Bevölkerungsanteilen unter den über 75-Jährigen. Die Relation von Alter und Armut gilt in noch stärkerer Weise in den neuen Bundesländern: Die niedrigen Armutsquoten bei Personen gehobenen Alters unterscheiden sich nicht von denen des gesamten Bundesgebiets; die sehr hohen Armuts- und Niedrigeinkommensquoten bei Kindern (20 % bzw. 64 %) liegen hingegen nochmals deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Von Niedrigeinkommen sind auch höhere Altersgruppen in den neuen Ländern häufiger betroffen.

Gesamtdeutsch betrachtet streuen die Armuts- und Niedrigeinkommensquoten u-förmig nach der *Zahl der Personen im Haushalt*. Einpersonenhaushalte haben höhere Armuts- und Niedrigeinkommensquoten als Zweipersonenhaushalte, mit weiter wachsender Personenzahl nehmen Armut und prekärer Wohlstand zu. Die gleiche Relation ist noch stärker ausgeprägt in den neuen Ländern zu beobachten: Die Armuts- und Niedrigeinkommensquoten von Einpersonenhaushalten sowie von Mehrpersonenhaushalten mit 4 und mehr Personen liegen deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt; die niedrigen Armutsquoten bei den Zwei- und Dreipersonenhaushalten unterscheiden sich hingegen kaum von den gesamtdeutschen Werten.

Im *Lebenszyklus* weichen die Armuts- und Niedrigeinkommensquoten von *jüngeren und älteren Haushalten* (im Sinne des Alters des Haushaltsvorstandes) relativ deutlich voneinander ab (vgl. Tabelle 8). Jüngere Haushalte haben mit 10 % überdurchschnittlich hohe Armutsquoten im Vergleich zu 4 % bei den älteren Haushalten. In den neuen Ländern liegen die Armutsquoten der jüngeren Haushalte noch höher und jeder Zweite lebt hier in prekärem Wohlstand; Haushalte mittleren Alters liegen in ihrer Betroffenheit von Armut und Niedrigeinkommen ebenfalls über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Ältere Haushalte hingegen sind in den neuen Ländern im Vergleich zum Bundesgebiet sogar unterdurchschnittlich von Armut betroffen; die Niedrigeinkommensquoten dieser Haushalte liegen indes wiederum etwas über dem Bundesdurchschnitt.

Kinder sind in Deutschland überproportional von Armut und insbesondere von prekärem Wohlstand betroffen. Entsprechend weisen Familienhaushalte und mehr noch Einelternhaushalte hohe bis sehr hohe Quoten von Armut und Niedrigeinkommen auf. Dies gilt wiederum in noch stärkerem Maße für die neuen Bundesländer. *Einelternhaushalte* sind im Bundesgebiet zu 30 % von Armut betroffen und mehr als zwei Drittel leben im Niedrigeinkommensbereich; in den neuen Ländern beträgt die Armuts-

¹⁴ Die Begriffe Niedrigeinkommen und prekärer Wohlstand werden hier synonym gebraucht.

Tabelle 7

**Armut und prekärer Wohlstand in Deutschland 1997
nach Bevölkerungsgruppen**

	Anteil der Bevölkerung (in %)					
	Deutschland			Darunter: Neue Bundesländer		
	Insgesamt	davon: Bev. mit Niedrigeinkommen		Insgesamt	davon: Bev. mit Niedrigeinkommen	
		50 %-Schwelle ¹⁾	75 %-Schwelle ¹⁾		50 %-Schwelle ¹⁾	75 %-Schwelle ¹⁾
Insgesamt	100,0	8,8	35,2	100,0	11,6	43,7
Geschlecht						
Männer	48,5	8,5	34,8	48,5	11,2	43,5
Frauen	51,5	9,1	35,6	51,5	12,0	43,9
Nationalität des HV						
Deutsche	88,1	7,0	31,2	99,6	11,6	43,8
Ausländer	6,7	20,0	66,5	(-)	(-)	(-)
Zuwanderer	5,2	25,2	62,4	(-)	(-)	(-)
Nationalität der Person ²⁾	100,0			100,0		
Deutsche	91,5	6,5	28,5	99,1	9,7	39,4
Ausländer	8,5	21,0	59,8	0,9	15,7	38,9
Erwerbsstatus ²⁾	100,0			100,0		
Erwerbstätig, vollzeit	41,9	3,5	21,2	41,5	5,5	29,7
Erwerbstätig, teilzeit	12,4	6,7	33,9	9,0	7,9	45,0
Arbeitslos	7,2	23,7	64,1	12,7	27,4	69,3
In Ausbildung	4,2	18,1	47,1	5,0	16,1	45,8
Nicht erwerbstätig	34,2	8,6	33,4	31,8	7,8	37,6
Bildung ²⁾	100,0			100,0		
Hauptschulbesuch	18,0	15,4	47,4	7,7	15,5	57,4
Hauptschule mit Lehre	34,1	7,0	31,4	29,7	10,2	39,3
Realschule	25,8	6,3	28,1	42,8	10,3	41,2
Abitur	8,5	4,9	25,1	6,4	5,0	33,4
(Fach-) Hochschule	11,4	1,1	12,6	10,4	3,4	19,2
Ohne Abschluß, in Ausbildung	2,3	15,9	44,3	3,1	14,7	48,1
Gemeindegrößenklassen						
Unter 2 000 Ew.	8,2	9,4	46,9	20,0	11,8	54,0
2 000–20 000 Ew.	33,5	10,2	35,5	31,3	13,3	44,1
20 000–100 000 Ew.	26,2	8,7	37,1	19,7	13,3	46,0
100 000–500 000 Ew.	16,9	8,5	35,4	20,5	9,3	39,2
über 500 000 Ew.	15,2	6,3	25,0	8,5	6,1	24,0
Alter						
10–15 Jahre	18,1	13,6	52,2	16,7	20,3	64,0
16–30 Jahre	18,5	10,9	38,9	20,0	13,4	48,0
31–45 Jahre	24,5	8,1	33,1	23,4	12,1	43,9
46–60 Jahre	19,4	6,8	27,4	18,8	8,6	34,5
61–75 Jahre	14,6	6,5	27,6	16,3	5,8	32,2
76 Jahre und älter	5,0	2,6	22,8	4,8	2,5	30,4
Haushaltsgröße						
1 Person	16,2	7,5	25,6	14,2	12,5	39,3
2 Personen	28,4	5,0	20,6	30,2	6,0	29,0
3 Personen	20,9	8,3	33,9	23,8	8,5	37,7
4 Personen	22,9	9,2	45,9	24,0	14,4	59,2
5 Personen und mehr	11,6	20,5	65,5	7,8	32,3	79,9

¹⁾ Gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen. — ²⁾ Bezogen auf die Bevölkerung im Alter von mehr als 16 Jahren (Befragungspersonen).
Quelle: SOEP.

quote unter den Einelternerhaushalten knapp 40 % und mehr als drei Viertel leben im prekären Wohlstand. Bei den Familienhaushalten nehmen mit zunehmender Kinderzahl die Armuts- und insbesondere Niedrigeinkommens-

mensquoten stark zu. *Familienhaushalte* mit einem Kind sind im Bundesgebiet unterdurchschnittlich (7,2 %) und auch in den neuen Ländern noch vergleichsweise gering (9,3 %) von Armut betroffen. Die Niedrigeinkommensquo-

Tabelle 8

Armut und prekärer Wohlstand in Deutschland 1997 im Haushaltskontext

	Anteil der Bevölkerung (in %)					
	Deutschland			Darunter: Neue Bundesländer		
	Insgesamt	davon: Bev. mit Niedrigeinkommen		Insgesamt	davon: Bev. mit Niedrigeinkommen	
		50 %-Schwelle ¹⁾	75 %-Schwelle ¹⁾		50 %-Schwelle ¹⁾	75 %-Schwelle ¹⁾
Insgesamt	100,0	8,8	35,2	100,0	11,6	43,7
Alter des Haushaltsvorstandes						
bis 45 Jahre	50,5	10,4	40,3	53,9	14,6	51,2
46–65 Jahre	34,2	8,7	32,4	31,5	10,9	38,4
66 Jahre und älter	15,3	4,3	24,7	14,6	2,0	27,9
Personengruppen im Haushalt						
Haushaltsvorstand	46,9	7,5	29,4	45,7	10,6	39,6
(Ehe-) Partner	24,2	6,6	30,5	26,3	7,5	36,8
Kind(er) unter 18 Jahren	19,3	14,2	51,9	18,3	20,5	63,4
Kind(er) ab 18 Jahre	7,4	10,6	38,7	7,3	11,1	45,8
Weitere Haushaltsmitglieder	2,2	10,1	52,9	2,5	8,4	42,5
Haushaltstypen						
Single-Haushalt	16,8	7,3	25,3	15,0	11,8	37,8
Partner-Haushalt	26,0	3,3	18,2	29,2	4,0	25,7
Familien-Haushalt	40,1	10,8	47,0	40,0	14,3	56,9
Einelternerhaushalt	3,8	29,8	68,3	4,6	39,1	77,7
Nachelterlicher Haushalt	13,3	9,7	36,1	11,5	10,2	38,0
Haushalts- und Lebenszyklus						
Haushaltsvorstand bis 45 Jahre						
Single-Haushalt	6,3	7,8	21,6	5,2	12,1	33,0
Partner-Haushalt	8,3	3,8	15,4	8,2	7,5	27,5
Haushaltsvorstand 46–65 Jahre						
Single-Haushalt	4,1	9,5	30,2	4,1	24,7	44,3
Partner-Haushalt	10,7	3,4	19,3	13,3	3,1	28,4
Familienhaushalt						
mit einem Kind	16,6	7,2	34,8	18,1	9,3	46,4
mit zwei Kindern	16,8	10,2	51,7	17,1	13,4	59,8
mit drei u. mehr Kindern	6,7	21,5	65,8	4,6	36,9	88,1
Einelternerhaushalt	3,8	29,8	68,3	4,6	39,1	77,7
Nachelterlicher Haushalt	13,3	9,7	36,1	11,5	10,2	38,0
Haushaltsvorstand 66 u.m. Jahre						
Partner-Haushalt	7,0	2,5	19,7	7,7	1,6	19,2
Single-Haushalt	6,4	5,3	25,8	5,7	2,3	37,4
¹⁾ Gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen. Quelle: SOEP.						

ten dieser Gruppe liegen bundesweit bei 35 %, in den neuen Ländern allerdings bei 46 %. Familienhaushalte mit drei und mehr Kindern sind indes bundesweit zu 22 % von Armut betroffen und zwei Drittel leben in prekärem Wohlstand. In den neuen Ländern liegt die Armutsquote von Familien mit drei und mehr Kindern gar bei 37 % und nahezu 90 % dieser Personengruppen leben im Niedrigeinkommensbereich.

Bei *Single- und Partnerhaushalten* ergeben sich Unterschiede hinsichtlich des Alters des Haushaltsvorstandes: Ältere Haushalte haben jeweils sehr niedrige Armutsquoten und sind unterdurchschnittlich von Niedrigeinkommen betroffen. Die Armutsquoten liegen in den neuen Ländern bei dieser Gruppe noch unter den gesamtdeut-

schen Vergleichswerten; dies gilt jedoch nicht für den Bereich des prekären Wohlstandes. Demgegenüber haben Singlehaushalte mittleren Alters nicht nur in den neuen Bundesländern eher überdurchschnittliche Armutsquoten, wogegen der Bevölkerungsanteil im Niedrigeinkommenssektor in diesen Haushalten eher unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegt. Offenkundig verbergen sich hinter diesem Haushaltstyp auch eine größere Zahl von eher schwierigen Lebensbedingungen. Jüngere Single- und Partnerhaushalte weisen gesamtdeutsch gesehen unterdurchschnittlich hohe Armuts- und Niedrigeinkommenswerte auf. Dies gilt — mit Ausnahme der jüngeren Single-Haushalte — auch für die neuen Länder.

5. Subjektive Anpassungsprozesse in den alten und neuen Bundesländern

In den Jahren seit 1990 haben sich nicht nur die verfügbaren Einkommen, sondern darüber hinaus zentrale *objektive Lebensbedingungen* in den neuen Bundesländern grundlegend verändert (vgl. Habich 1999; Zapf/Habich 1999). Der Abstand zu Westdeutschland hat sich deutlich verringert, ohne allerdings in allen Dimensionen das westliche Niveau zu erreichen. Darauf bezogen kann bilanziert werden: Die Angleichung hat weitgehend stattgefunden, die noch vorhandenen Unterschiede werden schwierig abzubauen sein. Dass aber auch Defizite zu finden sind, macht die Situation auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Der drastische Abbau von Arbeitsplätzen hat zu einer hohen Arbeitslosigkeit geführt. Der Blick auf die Erwerbsbeteiligung dagegen zeigt ähnliche Erwerbsquoten in Ost und West. Dennoch sind Wohlfahrtsdefizite festzustellen, weil in Ostdeutschland die hohen Erwerbsorientierungen und -absichten fortbestehen.

Entsprechend den allgemeinen objektiven Verbesserungen ist auch das *subjektive Wohlbefinden* in Ostdeutschland zunächst langsam, also zeitlich verzögert angestiegen (vgl. Habich/Noll/Zapf 1999). Die Bilanz der Ostdeutschen selbst ist nach den Daten der Wohlfahrts-surveys alles in allem positiv. Auf die Frage „Haben sich Ihre Lebensbedingungen seit 1990 eher verbessert, eher verschlechtert oder ist da kein großer Unterschied?“ erklärten 1993 48 % der Befragten in den neuen Ländern, dass sich ihre Lebensbedingungen seit 1990 insgesamt verbessert haben. Dieser Anteil variiert dann etwas über die Zeit und liegt im Jahre 1998 bei 59 % (Tabelle 9). Alles in allem scheint sich darin die objektive Entwicklung niederzuschlagen. Für die Mehrheit in Westdeutschland hat sich erwartungsgemäß nichts verändert, aber bereits im Jahre 1993 meinten 31 %, ihre Lebensverhältnisse hätten sich verschlechtert. 1994 reduziert sich dieser Anteil, steigt aber im Jahre 1995 wieder auf 30 % an. 1998 liegt

er schließlich bei 21 %. Dieser Befund deutet auf wechselnde Unsicherheiten hin, die mit dem Auf und Ab der Realeinkommen und der Einkommensungleichheit in der Mitte der 90er Jahre korrespondieren.

Das noch bestehende unterschiedliche Niveau der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West dokumentiert sich anschaulich in der wahrgenommenen Einschätzung der gesamten Lebensbedingungen (vgl. Abbildung 2). Dazu werden die Befragten gebeten, die „eigenen Lebensbedingungen heute“ auf einer Leiter (von 0 bis 10) einzustufen und zu dieser Verankerung unter anderem beispielsweise die „zukünftigen“ Lebensbedingungen in Beziehung zu setzen. Aufschlussreich ist hier auch, wie die Befragten aus Ost- und Westdeutschland die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den jeweils anderen Landesteilen beurteilen. Offensichtlich idealisieren die Ostdeutschen nach wie vor das Niveau der Lebensbedingungen in Westdeutschland — dem als Maßstab, an dem die eigenen Verhältnisse gemessen werden, immer noch eine besondere Bedeutung zukommt — mit einem Mittelwert von 8,2 auf der Skala von 0 bis 10, während die Westdeutschen sich selbst bei 7,7 einstufen; allerdings sind die Diskrepanzen nicht mehr so gravierend wie 1993. Zugleich bewerten die Westdeutschen — anders als 1993 — die ostdeutschen Lebensbedingungen mit einem Wert von 6,1 etwas besser als die Ostdeutschen selbst, die sich bei 5,9 einstufen. Für Ost- und Westdeutsche gilt damit gleichermaßen, dass die Verhältnisse aus der Sicht der „Anderen“ besser erscheinen, als sie mit eigenen Augen gesehen werden.

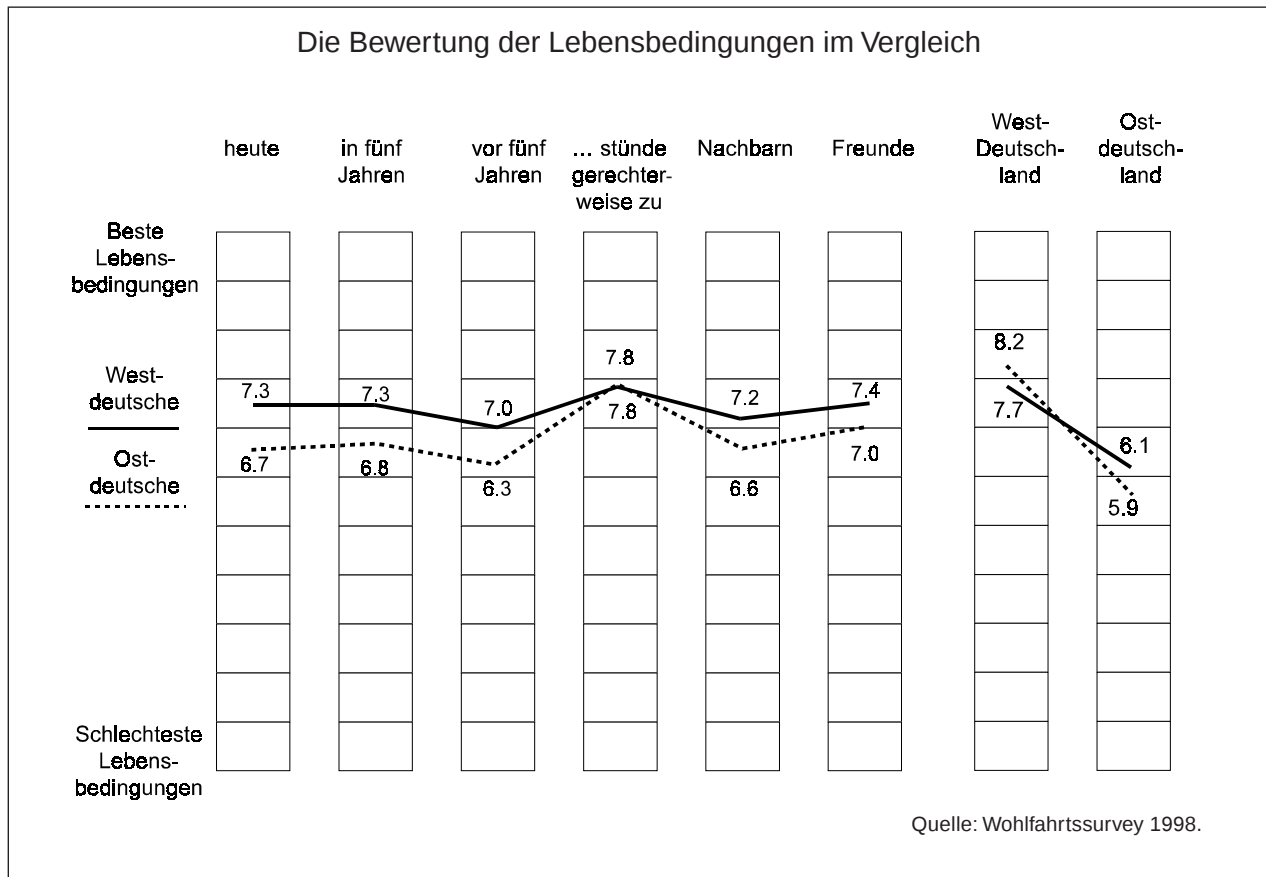
Ost- und westdeutsche Bürger stimmen mit einem Wert von 7,8 aber vollständig überein, welches Lebensniveau ihnen „gerechterweise zustünde“. Bei identischen Anspruchsniveaus bleibt die Lücke zwischen Anspruch und Realität in Ostdeutschland mit 1,1 Skalenpunkten damit deutlich größer als in Westdeutschland mit 0,5 Skalenpunkten. Hier liegt zumindest einer der Gründe für das trotz ansteigender Tendenz nach wie vor niedrigere

Tabelle 9

Entwicklung der Lebensbedingungen seit 1990

	1993	1994	1995	1996	1998
	Lebensbedingungen haben sich seit 1990 ... (in %)				
Westdeutschland					
verbessert	10	17	21	21	20
verschlechtert	31	19	30	28	21
kein Unterschied	59	64	48	51	59
Ostdeutschland					
verbessert	48	59	61	48	59
verschlechtert	23	17	17	19	16
kein Unterschied	29	24	23	33	25
Quelle: Wohlfahrtssurvey und Buseinschaltungen 1993, 1994, 1995, 1996, 1998.					

Abbildung 2



Niveau des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland.

Der Vergleich der jeweils aktuellen Einschätzungen über das Niveau der Lebensbedingungen mit denen, die *in fünf Jahren* erwartet werden, wird als wichtiger Indikator für Zukunftserwartungen vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung verstanden. Im Jahr 1990 rechnete die breite Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung mit einem Anstieg. Diese Erwartungen haben sich bis 1993 gehalten — und wurden dann offensichtlich von der tatsächlichen Entwicklung enttäuscht. Denn der Anteil derjenigen, die einen Anstieg erwarten, sinkt seitdem. Spiegelbildlich steigt der Anteil derjenigen, die mit einem Rückgang rechnen. In Westdeutschland hat sich das Bild etwas verändert. 1993 ergab sich auch dort ein ausgeprägter Zukunftspessimismus, der 1998 aber in seinem Ausmaß zurückgenommen wird.

Die Informationen darüber, wie zufrieden die Bürger in Ost und West gegenwärtig mit verschiedenen Aspekten ihrer Lebensbedingungen und ihrem Leben insgesamt sind, lassen sich zu einem Bild des subjektiven Wohlbefindens und der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität in Deutschland zusammenfügen. Die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen sind bei einzelnen Aspekten der Lebensverhältnisse auch 1998

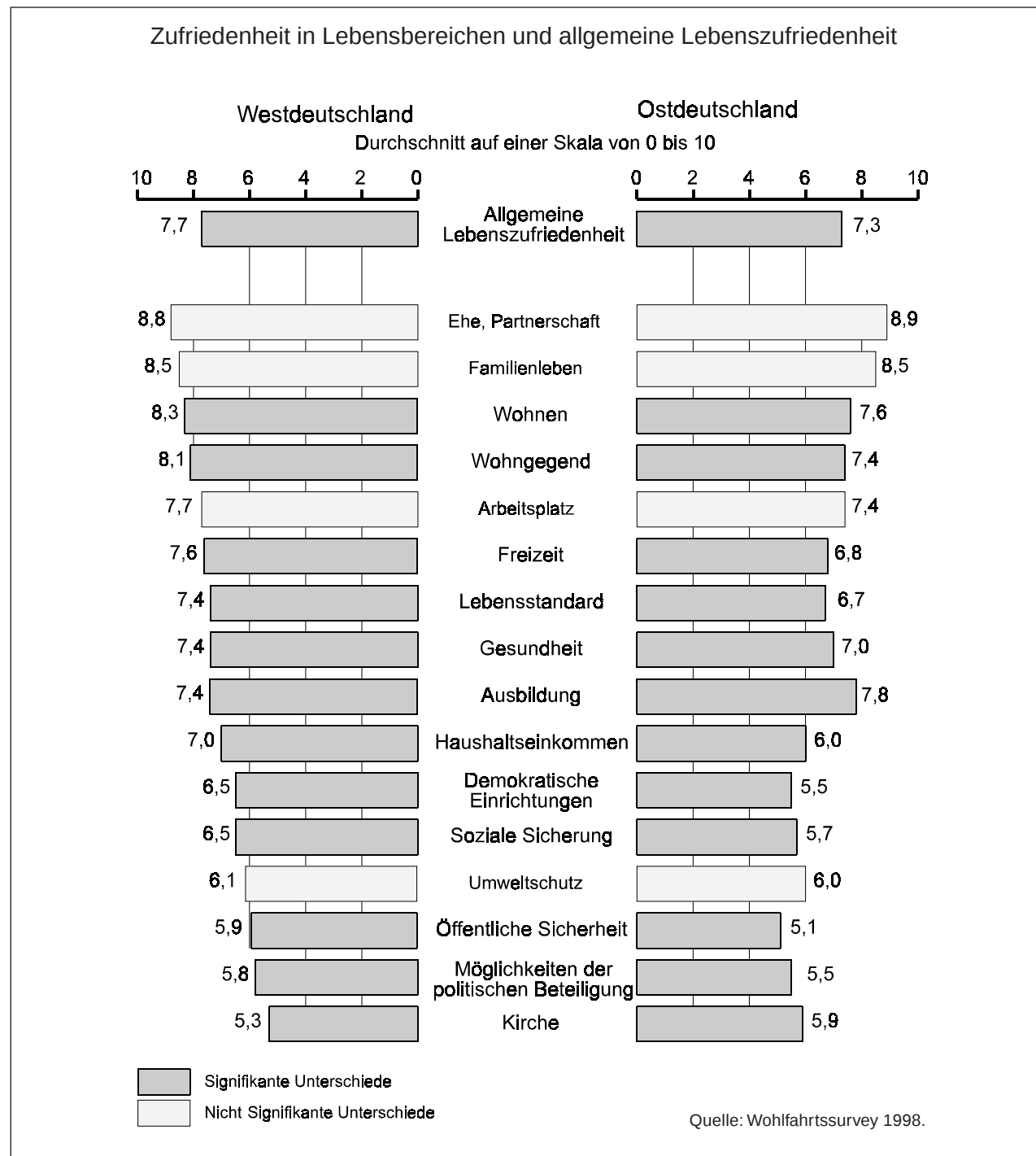
noch ausgeprägt, haben insgesamt aber deutlich abgenommen. Damit hat sich die Tendenz fortgesetzt, die auch in der ersten Hälfte der 90er Jahre bereits zu beobachten war (vgl. Zapf/Habich 1995; Zapf/Habich 1996). Auf der von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Zufriedenheitsskala stufen sich die Ostdeutschen bei den insgesamt 17 Zufriedenheitswerten, die in den Wohlfahrtssurveys 1993 und 1998 erhoben worden sind, 1998 im Durchschnitt nur noch um 0,4 Skalenpunkte niedriger ein als die Westdeutschen. 1993 hatte diese Differenz noch 0,8 Skalenpunkte betragen. Die durchschnittlichen Zufriedenheitsunterschiede haben sich damit innerhalb dieser fünf Jahre halbiert (vgl. Habich/Noll 2000c).

Betrachtet man die Zufriedenheitswerte im Einzelnen (vgl. Abbildung 3), so zeigt sich in der Beurteilung der verschiedenen Lebensbereiche zunächst ein für West- und Ostdeutsche ähnliches Muster mit einigen charakteristischen Unterschieden. In den alten und neuen Bundesländern sind die Bürger gleichermaßen am zufriedensten mit den „privaten“ und persönlich bestimmten Seiten des Lebens wie Ehe bzw. Partnerschaft und Familie. Am wenigsten zufrieden sind sie mit den „öffentlichen“, der individuellen Beeinflussung weitgehend entzogenen Bereichen wie der Demokratie, der Sozialen Sicherung,

dem Umweltschutz, der öffentlichen Sicherheit und der Kirche. Relativ zufriedener — gemessen an der Rangfolge — als die westdeutschen sind die ostdeutschen Bundesbürger vor allem mit ihrer Ausbildung, dem Umweltschutz und der Kirche, weniger zufrieden insbesondere mit der öffentlichen Sicherheit und den demokratischen Einrichtungen. Absolut zufriedener als die Westdeutschen sind die Ostdeutschen lediglich mit ihrer Ausbildung und der Kirche. Kaum oder nur noch geringe Unter-

schiede gibt es zwischen Ost- und Westdeutschen bei der Bewertung von Ehe und Familie, dem Umweltschutz, dem Arbeitsplatz und den Möglichkeiten der politischen Betätigung. Am größten sind die Differenzen bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, den demokratischen Einrichtungen, der öffentlichen Sicherheit und der Sozialen Sicherung. Mit diesen Aspekten der Lebensbedingungen sind die ostdeutschen Bürger — wie auch schon zu den früheren Beobachtungszeitpunkten

Abbildung 3



— jeweils deutlich weniger zufrieden als die westdeutschen.

Auch wenn die ostdeutsche Bevölkerung mit einzelnen Aspekten der Lebensverhältnisse weiterhin in erheblichem Maße Unzufriedenheit äußert und die Zufriedenheit vielfach noch unter dem westdeutschen Niveau bleibt, hat sich der bereits 1993 abzeichnende Aufwärtstrend in den neuen Bundesländern eindeutig fortgesetzt. Ein nennenswerter Rückgang der Zufriedenheit, wie er vor allem im ersten Jahr nach der förmlichen Vereinigung beobachtet worden ist, ist nun schon seit 1993 praktisch nicht mehr festzustellen. Im Vergleich zu 1993 hat vielmehr die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt wie auch die Zufriedenheit mit fast allen Lebensbereichen und einzelnen Dimensionen der Lebensbedingungen weiterhin zugenommen, in vielen Bereichen sogar in beachtlichem Umfang (vgl. Abbildung 4). Am stärksten gestiegen ist die Zufriedenheit mit der Kirche, mit der öffentlichen Sicherheit, dem Umweltschutz und den demokratischen Einrichtungen. Ein geringfügiger Rückgang der Zufriedenheit gegenüber 1993 ist lediglich für einen Bereich — die Gesundheit — zu beobachten.

Die Entwicklung in Westdeutschland unterscheidet sich davon. In den meisten Bereichen der Lebensverhältnisse wird eine Stagnation oder gar ein Rückgang der Zufriedenheit gegenüber 1993 beobachtet. Dort wo die Zufriedenheit zugenommen hat — das sind ausnahmslos öffentliche Bereiche wie Umweltschutz, öffentliche Sicherheit, Kirche und demokratische Einrichtungen —, ist die Zunahme in der Regel deutlich schwächer als in Ostdeutschland. Damit setzt sich der Trend einer tendenziell abnehmenden bzw. sich im Vergleich zu Ostdeutschland weniger günstig entwickelnden Zufriedenheit in Westdeutschland fort, der bereits 1993 zu beobachten war. Die sukzessive Angleichung der Zufriedenheitsniveaus zwischen Ost- und Westdeutschland ist daher nicht nur auf die positiven Entwicklungstendenzen des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland, sondern auch auf den nun bereits über einen längeren Zeitraum anhaltenden Rückgang des subjektiven Wohlbefindens in Westdeutschland zurückzuführen.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist ein summarischer Indikator für das subjektive Wohlbefinden und die persönliche Lebensqualität — auch hier bestätigt sich der positive Trend zu einer Angleichung. Mit einem Wert von 7,3 liegt sie 1998 nur noch um 0,4 Skalenpunkte unter dem westdeutschen Niveau (7,7). 1993 hatte die Differenz noch einen gesamten Punkt auf der von 0 bis 10 reichenden Skala betragen. Im Ausgangsjahr 1990 ergab sich ein Wert von 6,6, der im Westen ausschließlich bei Problemgruppen gemessen werden konnte.

Die Betrachtung und der Vergleich von Mittelwerten reduziert die zugrundeliegende Verteilung auf einen einzelnen Wert und verdeckt somit die Bandbreite der erhobe-

nen Informationen, während die Darstellung zahlreicher Einzelindikatoren den Blick zu sehr auf Details statt auf die zentralen Muster lenkt. In weiterführenden Analysen wurde deshalb die Ebene der Einzelindikatoren verlassen und die hinter den Einzelindikatoren liegenden Dimensionen „private“ und „öffentliche“ Lebensbereiche zusammenfassend betrachtet (vgl. Habich 1996b).¹⁵ Mit dieser Operationalisierung können für die Dimension „private“ Lebensbereiche für die Jahre 1993 und 1998 drei Befunde veranschaulicht werden: 1. die große Stabilität in Westdeutschland; 2. die erheblichen positiven Veränderungen in Ostdeutschland; und 3. der erkennbare Abstand zwischen Ost und West. Hinsichtlich der Dimension der „öffentlichen“ Lebensbereiche kann demgegenüber in Ost- und in Westdeutschland eine deutliche Abnahme der 1993 ausgeprägten Unzufriedenheit festgestellt werden, wobei vor allem die Verbesserungen in Ostdeutschland ins Auge fallen. Aber auch hier liegt die Mehrheit der ostdeutschen unter, die Mehrheit der westdeutschen Bürger über dem gesamtdeutschen Mittelwert.

Die oben beschriebenen Verbesserungen im subjektiven Wohlbefinden zwischen 1993 und 1998 sind erkennbar, es stellt sich nun aber die Frage, ob die noch bestehenden Unterschiede noch als dramatischer Rückstand oder bereits als gelungene Angleichung zu bewerten sind. Die hier angebotene Antwort basiert auf zwei empirischen Überlegungen. Erstens auf dem Befund, dass auch 15 % der westdeutschen Bürger unzureichende Zufriedenheit äußern. Wenn man dies berücksichtigt, dann befinden sich in Ostdeutschland lediglich 15 % bzw. 12 % *mehr* Bevölkerungsanteile als in Westdeutschland im extremen Unzufriedenheitsbereich. Dieser Befund darf allerdings nicht verharmlost werden, denn die massive Unzufriedenheit, die in den neuen Ländern zu finden ist, stellt eine nicht zu unterschätzende subjektive Problemlage dar.

Das zweite Argument ist ein gesamtdeutsches und zielt auf das für eine Sozialstrukturanalyse zentrale Bevölkerungsverhältnis von 1 zu 4 zwischen Ost- und Westdeutschland. Analysen, die ausschließlich auf den Ost-West-Vergleich schauen, vernachlässigen diese bedeutsame „Asymmetrie“ (Zapf 2000). Nimmt man allerdings dieses Argument ernst, dann relativieren sich zunächst beachtenswerte Anteile erheblich.

Die Bilanz für die Dimension des subjektiven Wohlbefindens ist so alles in allem positiv, wenn auch zurückhaltend positiv; die beobachtbaren Lücken werden allerdings noch längere Zeit bestehen.

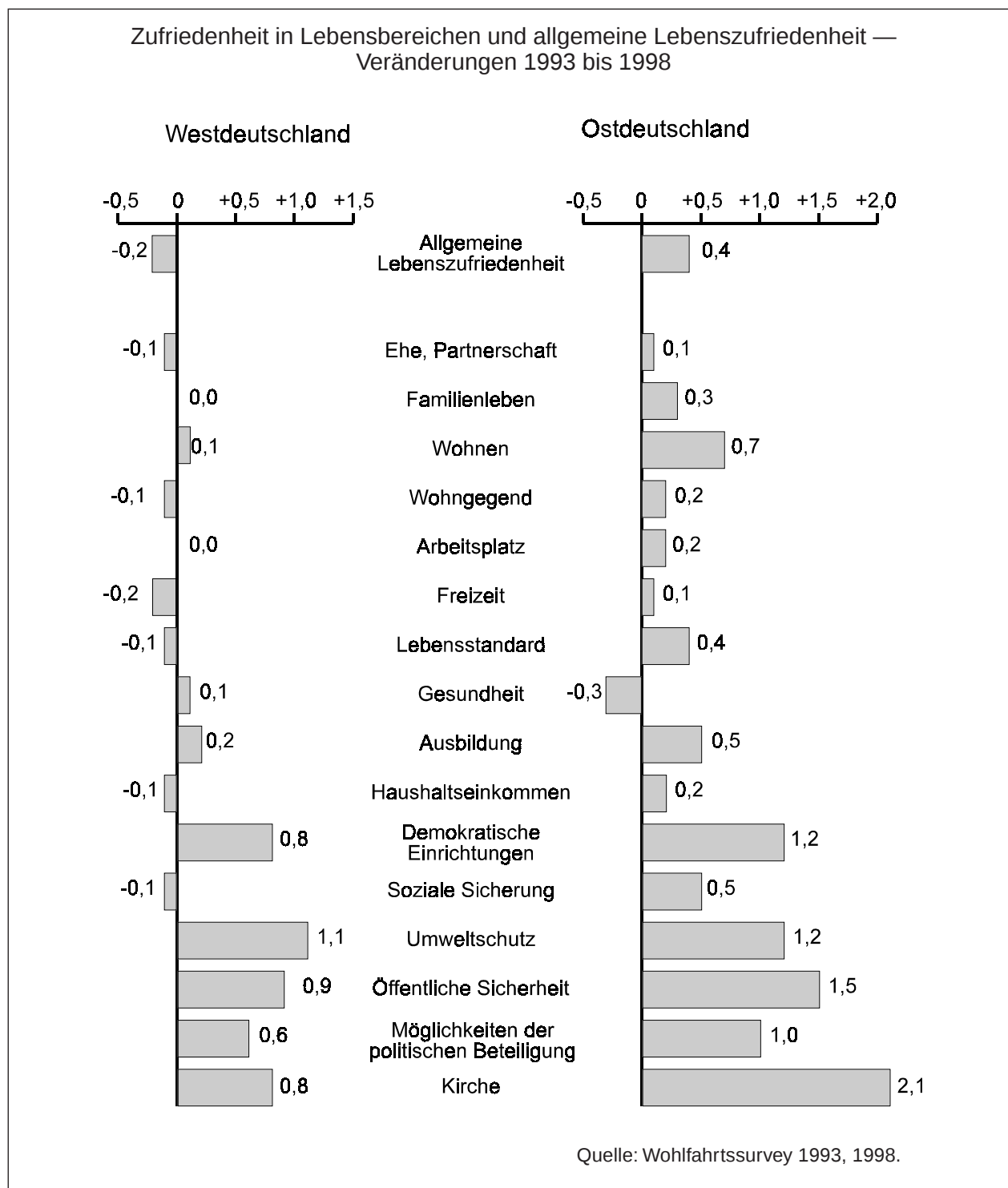
¹⁵ Dazu wurde jeweils mittels Faktorenanalyse ein zusammenfassender Index konstruiert, in den die Einzelindikatoren mit unterschiedlicher Gewichtung eingehen. Dieser standardisierte Index wurde für das Jahr 1998 gebildet und für die Daten des Jahres 1993 repliziert, um zeitliche Veränderungen dokumentieren zu können.

6. Die wahrgenommene Qualität der Gesellschaft in den alten und neuen Bundesländern

Zwischen den alten und neuen Bundesländern bestehen auch in anderen wohlfahrtsrelevanten Bereichen noch weiterhin Unterschiede. Dies dokumentiert sich dar-

in, wie bestimmte Struktur- und Qualitätsmerkmale der Gesellschaft wahrgenommen werden. Damit ist die dritte genannte Dimension von Wohlfahrt angesprochen: die wahrgenommene „Qualität von Gesellschaft“. Auch diese Dimension hat „objektive“ und „subjektive“ Komponenten — objektiv auf der Aggregatebene, auf der z. B. die Krimi-

Abbildung 4



nalitätsbelastung oder die Kindersterblichkeit gemessen werden kann, subjektiv auf der individuellen Ebene, wenn individuelle Bewertungen über Merkmale der Gesellschaft und ihrer Struktur erfragt werden.

Deutliche Unterschiede zeigen sich beispielsweise in der *subjektiven Schichteinstufung* (vgl. Habich/Noll 2000b) oder in der Wahrnehmung von *Konflikten* zwischen verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft (vgl. Delhey 2000).

Die Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben partizipieren (vgl. Noll 1998).

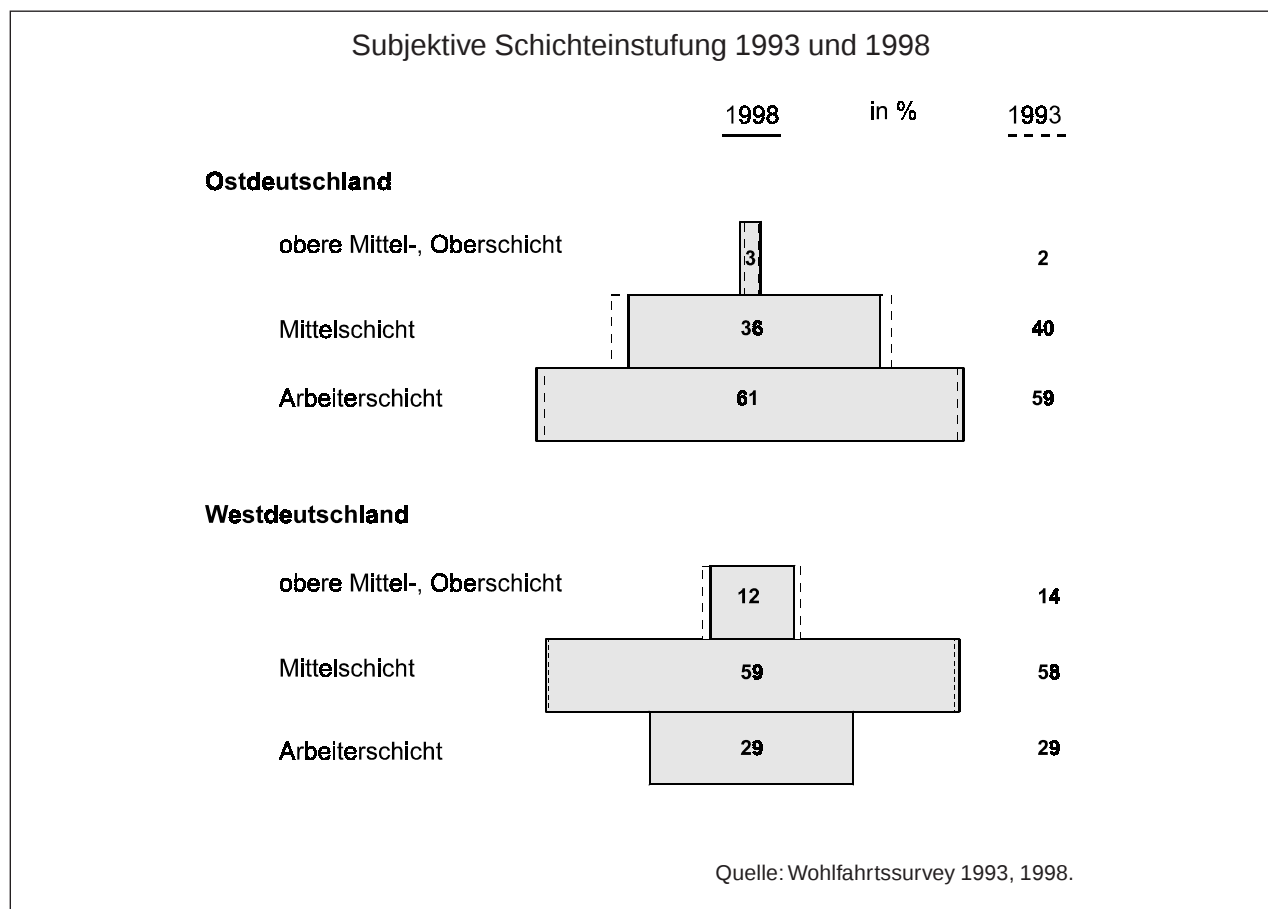
Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung sind immer noch eklatant (vgl. Abbildung 5): Während sich für die neuen Bundesländer eine pyramidenförmige Schichtstruktur mit einer breiten Basis ergibt, wie sie für Arbeitergesellschaften charakteristisch ist, weist die Verteilung in den alten Bundesländern die typische Zwie-

belform einer Mittelschichtgesellschaft auf. Der Zeitvergleich (1993 vs. 1998) macht darüber hinaus deutlich, dass sich diese unterschiedlichen Bilder der Gesellschaft bisher weitgehend unverändert erhalten haben.

1998 identifiziert sich noch eine deutliche Mehrheit von 61 % der Bevölkerung in den neuen Ländern mit der Arbeiterschicht; 1993 lag der Anteil bei 59 %. Lediglich knapp vier von zehn Befragten ordnen sich der Mittelschicht zu. In Westdeutschland betrachten sich dagegen 1998 wie bereits 1993 nur noch 29 % aller Bürger zur Arbeiterschicht zugehörig, und mehr als jeder Zweite identifiziert sich mit der Mittelschicht. Auch der Anteil derjenigen, die sich der oberen Mittelschicht und der Oberschicht zugehörig betrachten, ist im Westen mit 12 % (1993: 14 %) erheblich größer als im Osten, wo sich lediglich 3 % der gesellschaftlichen „Elite“ zurechnen. Tendenzen einer Angleichung sind in der Dimension der Schichtzugehörigkeit bisher nicht festzustellen.

Die subjektive Schichteinstufung wird nicht nur von objektiven Faktoren bestimmt, sie hängt beispielsweise von den verwendeten Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben ab. Dennoch ist in Ost- und Westdeutschland ein weitgehend ähnlicher Zusammenhang zwischen subjektiver

Abbildung 5



Schichteinstufung und dem sozioökonomischen Status zu finden. Die Tatsache aber, dass sich Ostdeutsche über alle Statuskategorien hinweg zu größeren Anteilen mit der Arbeiterschicht identifizieren, macht deutlich, dass diese Differenzen nur wenig durch eine unterschiedliche Verteilung in den Statuskategorien erklärt werden können. Vielmehr stuft sich die ostdeutsche Bevölkerung deshalb innerhalb des Schichtungsgefüges insgesamt niedriger ein, weil sie sich aus einer Perspektive der Unterprivilegierung und relativen Deprivation mit der westdeutschen Bevölkerung vergleicht.

Konflikte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen gehören in modernen Gesellschaften zur Normalität (Abbildung 6); demokratische Systeme zeichnen sich durch eine geregelte Austragung von Interessengegensätzen aus. Wenn allerdings die Bevölkerung einer Gesellschaft sehr starke Konflikte zwischen einzelnen Gruppen wahrnimmt, kann dies als negatives Merkmal der Gesellschaft interpretiert werden. In Ost- und in Westdeutschland werden solche Konflikte zwar ähnlich wahrgenommen, aber ostdeutsche Bürger nehmen überwiegend mehr und stärkere Konflikte wahr als westdeutsche. Und gegenüber 1993 sind die Unterschiede sogar noch größer geworden, z. B. wenn es um die Konflikte zwischen Links und Rechts oder zwischen Arm und Reich geht. Der Konflikt zwischen Ost- und Westdeutschen folgt nach der Häufigkeit der

Nennungen im Übrigen erst an drittletzter Stelle und hat damit im Vergleich zu 1993 in der Wahrnehmung der Bürger weiter an Bedeutung verloren. Im Hinblick darauf, dass hier im Prinzip die „gleiche“ Gesellschaft bewertet wird, sind die beobachtbaren Unterschiede überaus bemerkenswert. Die Wahrnehmung der „gemeinsamen“ deutschen Gesellschaft unterscheidet sich in Teilen noch erheblich.

Sehr gegensätzlich sind dann auch die jeweiligen Wahrnehmungen darüber, inwieweit die deutsche Gesellschaft bestimmte Freiheiten, Rechte und Sicherheiten „realisiert“ hat. Im Wohlfahrtssurvey wurde dazu eine Liste von 14 derartigen gesellschaftlichen Aspekten vorgelegt und gefragt, ob diese in Deutschland verwirklicht oder nicht verwirklicht sind (vgl. Abbildung 7). Die Antworten auf diese Fragebatterie könnten nicht gegensätzlicher sein (vgl. Bulmahn 2000). Zwar herrscht Übereinstimmung darüber, dass in Deutschland „Glaubensfreiheit“ realisiert sei, und auch weitgehend Übereinstimmung darüber, dass „Meinungsfreiheit“ und auch „politische Freiheit“ realisiert seien. Aber die „gerechte Verteilung des Wohlstands“, das „Recht auf Arbeit“, die „soziale Sicherheit“ oder die „Solidarität mit den Benachteiligten“ werden in Ostdeutschland mit großer Mehrheit als „nicht realisiert“, in Westdeutschland dagegen als „realisiert“ bewertet.

Abbildung 6

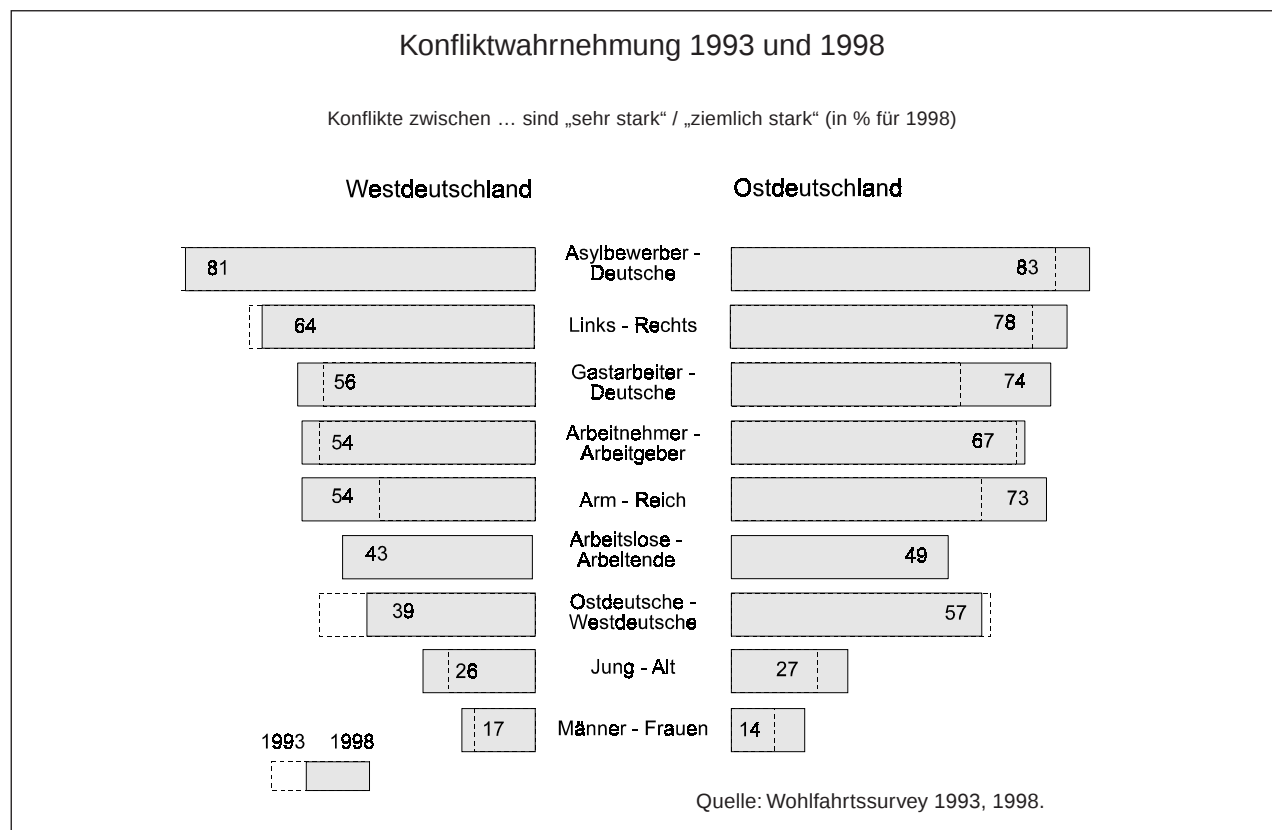
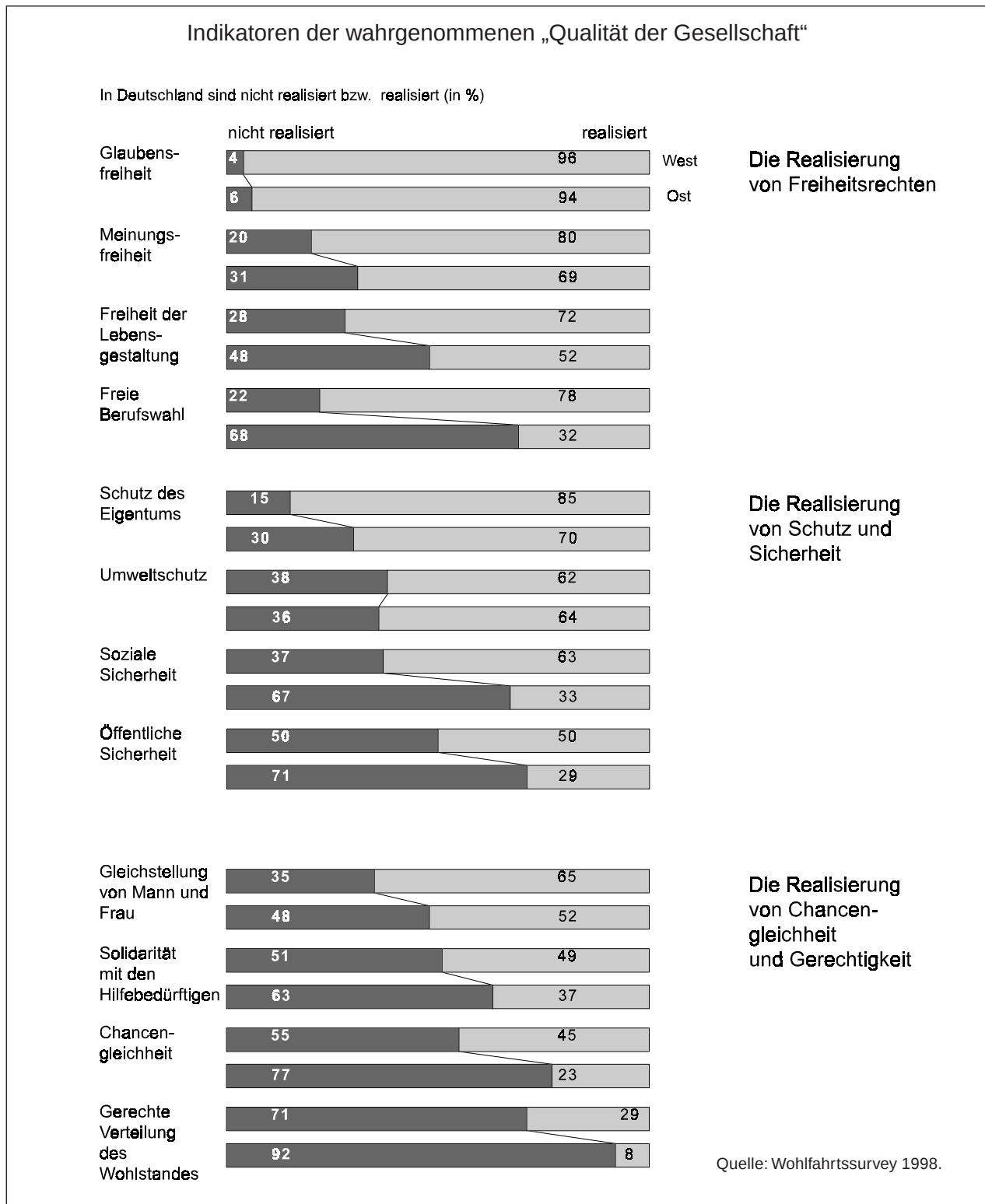


Abbildung 7



In der Summe weichen die jeweiligen Ansprüche an eine „gute Gesellschaft“ somit erheblich voneinander ab. Und diese Ansprüche existieren nicht im luftleeren Raum, sondern haben eine besondere gesellschaftspolitische

Bedeutung dahingehend, dass sie als individuelle Wertmaßstäbe nicht nur zur Bewertung der eigenen sozialen Lage, sondern auch zur Bewertung der Gesamtgesellschaft benutzt werden. Während beispielsweise in West-

deutschland Aspekte der „Freiheit“, des „Wohlstands“ und der „Sicherheit“ in dieser Rangfolge mitentscheidend dafür sind, ob die Gesellschaft als lebenswert angesehen wird, sind dies in Ostdeutschland Aspekte von „Gerechtigkeit“, von „Sicherheit“ und „Freiheit“, also jene Dimensionen, bei denen die größten Defizite gesehen werden (vgl. Bulmahn 1999). Die teilweise drastischen Unterschiede in der Bewertung von zentralen Merkmalen und Qualitäten der deutschen Gesellschaft sind offenbar nicht allein eine Folge der noch bestehenden Unterschiede in den faktischen Lebensverhältnissen, sondern auch Ergebnis von individuellen Umbrüchen, unterschiedlichen biographischen Erfahrungen und divergierenden Wertvorstellungen. Die soziale Angleichung bezüglich der wahrgenommenen Qualität der Gesellschaft wird sicherlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

7. Fazit — Einkommen und Wohlfahrt in Deutschland

Die Wohlfahrtsentwicklung im vereinigten Deutschland lässt sich je nach betrachteter Dimension unterschiedlich bilanzieren. Das Wohlstandsgefälle in den objektiven Lebensbedingungen ist zum Teil abgebaut, aber die noch vorhandenen Differenzen werden sicherlich noch längere Zeit weiter bestehen; im subjektiven Wohlbefinden ist ebenfalls ein positiver Trend zu verzeichnen, wenngleich auch hier deutliche Lücken verbleiben; die Wahrnehmung und Bewertung der Qualität der gemeinsamen Gesellschaft fällt allerdings noch sehr unterschiedlich aus.

Bei der Wohlstandsentwicklung in den *alten Bundesländern* lassen sich verschiedene Phasen unterscheiden: Infolge des Vereinigungsbooms gab es zu Beginn der 90er Jahre zunächst Realeinkommenszuwächse, die aber bis Mitte der 90er Jahre abnahmen; seit Mitte der 90er Jahre sind in mehreren Jahren Realeinkommenseinbußen erfolgt. Die Ungleichheit der Einkommen hat zunächst bis zur Mitte der 90er Jahre stark zugenommen, dieser Trend setzt sich allerdings nach Mitte der 90er Jahre nicht weiter fort. In den *neuen Ländern* ist in der gesamten Periode ein nahezu stetiges Einkommenswachstum zu verzeichnen, das unmittelbar nach der Vereinigung enorme Wachstumsraten aufwies, sich aber immer mehr verlangsamte. Im Zuge dessen haben sich die Einkommen der neuen Länder immer weiter an die der alten Länder angenähert; die verbleibenden Differenzen beruhen vor allem auf einer geringeren Spreizung der Einkommen im oberen Bereich. Die Ungleichheit in den neuen Ländern hat sich erhöht, liegt aber noch immer weit unter dem Niveau in den alten Ländern. Der Abbau dieser Unterschiede wird noch einige Zeit dauern.

Die soziodemografischen Differenzierungen von Armuts- und Niedrigeinkommensquoten decken weitere Spannungslinien auf, die den Stand der sozialen Anglei-

chung der Lebensbedingungen tangieren: In den alten Bundesländern sind Ausländer wieder vermehrt von Armut und prekärem Wohlstand betroffen. Arbeitslose verfügen neben materiellen Einbußen in hohem Maße über Einschränkungen ihrer subjektiven Lebensqualität. Bildungsniveau und Armut bzw. prekärer Wohlstand sind wiederum deutlich positiv korreliert. Auffallend ist die hohe Quote von Kindern in Armut und Niedrigeinkommen im Vergleich zu der inzwischen eher unterdurchschnittlich von Armut und prekärem Wohlstand betroffenen älteren Bevölkerung. Im Haushalts- und Lebenszyklus sind die jüngeren Haushalte sowie die Haushalte von Alleinerziehenden oder Familienhaushalte — vor allem ab drei und mehr Kinder am stärksten von materiellen Defiziten betroffen; aber auch Singlehaushalte mittleren Alters weisen nicht mehr unterdurchschnittliche Armutsquoten auf.

In den neuen Ländern fallen die auf dem gemeinsamen gesamtdeutschen Einkommensmittelwert beruhenden Armuts- und Niedrigeinkommensquoten bei fast allen Bevölkerungsgruppen höher aus, als die entsprechenden Werte in den alten Ländern. Allem voran Kinder und Jugendliche, die Bevölkerung in ländlichen sowie klein- und mittelstädtischen Gemeinden sowie Haushalte mit 2 oder mehr Kindern und Einelternhaushalte haben jeweils überproportionale bis hin zu sehr hohen Armuts- und Niedrigeinkommensquoten. Besonderes Augenmerk verdienen hier die Kinder und Jugendlichen in den neuen Ländern: Während die älteren Haushalte gemessen am gesamtdeutschen Niveau keine Unterschiede mehr zum Bundesdurchschnitt hinsichtlich der Armuts- und Niedrigeinkommensquoten aufweisen, sind jüngere Haushalte sowie Kinder und Jugendliche in den neuen Ländern nicht nur im Generationenvergleich sondern zudem auch im Ost-West-Vergleich hinsichtlich ihres Wohlstandsniveaus deutlich benachteiligt.

Die subjektiven Indikatoren zeigen in den alten Ländern, abgesehen von einigen Schwankungen, ein relativ stabiles Niveau. In den neuen Ländern weisen diese unmittelbar nach der Vereinigung zunächst einen starken Rückgang auf; danach erfolgt jedoch ein ziemlich stetiger Anstieg; so lässt sich auch in den subjektiven Indikatoren — nach einem anfänglichen Einbruch in den neuen Bundesländern — ebenfalls eine sukzessive Angleichung der Zufriedenheitsmuster und Bewertungsmaßstäbe feststellen. Zugleich ist ein schneller Abbau der verbleibenden Zufriedenheitsunterschiede nicht zu erwarten.

Demgegenüber wird die Qualität der gemeinsamen Gesellschaft in den alten und neuen Ländern noch sehr unterschiedlich wahrgenommen. Hinsichtlich der subjektiven Schichteinstufung sowie der Wahrnehmung von Konflikten zur Austragung von Interessengegensätzen und der Realisierung von Freiheit, Schutz und Gerechtigkeit ist die Anpassung in den alten und neuen Ländern noch immer nicht weit fortgeschritten.

Wie können nun solche und ähnliche Befunde erklärt werden? Vergleichbare Differenzen werden beispielsweise in solchen Forschungsarbeiten dokumentiert, in denen auf Phänomene einer „inneren Mauer“ verwiesen wird (vgl. etwa Kaase 1999; Meulemann 1998). Ein „typisches“ Erklärungsmuster für solche Diskrepanzen postuliert eine eigene ostdeutsche Identität, die im Verlauf der Transformation „verletzt“ worden sei. Auf die wahrgenommenen nicht realisierten, aber als gerecht empfundenen Ansprüche auf Verbesserung der eigenen Lage, wird dann allerdings nicht mit Protesten, nicht mit massiver Unzufriedenheit reagiert, sondern es wird — so das Erklärungsangebot — kausal extern attribuiert. Nach solchen Modellen erfolgt kollektiv eine Verantwortungszuschreibung für die wahrgenommene ungerechte Situation auf die Westdeutschen und das westdeutsche System. Solche Erklärungsansätze scheinen plausibel.

Hier soll aber eine andere Erklärung angeboten werden. Die Frage lautet: Warum ist *trotz* der erheblichen Verbesserungen und den Angleichungen in den objektiven Lebensbedingungen eine analoge Annäherung im subjektiven Wohlbefinden, in den Einstellungen und Werten bisher nicht zu finden?

Das erste Argument ist nahe liegend. Es ist der nach wie vor bestehende Abstand zum westdeutschen Niveau, mit dem man z. B. geringere Zufriedenheiten erklären kann. Aber man kann damit nicht erklären, warum auch bei vergleichbarer sozialer Lage dennoch erhebliche Bewertungsunterschiede bestehen.

Hier gibt das Erklärungsmodell „wachsender Erwartungen“ weitere Anhaltspunkte, „mit dem etwa das Paradoxon verständlich gemacht werden (kann), dass eine zunehmende Bedürfnisbefriedigung u. U. nicht zu mehr, sondern zu weniger Zufriedenheit führt“ (Leisering 1999, S. 13); dies vor allem dann, wenn sich das kollektive Wohlstandswachstum verlangsamt und somit weitere individuelle Verbesserungschancen beeinträchtigt werden.

Eine weitere Erklärung liefert dann das *Tocqueville-Paradox*. Alexis de Tocqueville hatte in seinen Studien über die Demokratie in Amerika bereits 1835 das Phänomen „entdeckt“, dass *trotz* erheblicher Reduzierung von sozialer Ungleichheit in der amerikanischen Öffentlichkeit eine hohe Sensibilität gegenüber verbleibenden Unterschie-

den beobachtbar war. Er hatte das damit erklärt, „dass das Verlangen nach Gleichheit immer unersättlicher wird, je größer die Gleichheit ist“.

Bezogen auf die präsentierten Befunde könnte man dies so übersetzen, dass das Beharren der ostdeutschen Bevölkerung auf bestimmten Werten und Ansprüchen nicht *trotz* des bisher Erreichten, sondern vielleicht gerade *wegen* des bisher Erreichten besteht. So könnte man die Distanzen im subjektiven Wohlbefinden oder die distanzierte Bewertung der gemeinsamen Gesellschaft zum Teil dadurch erklären, dass gerade durch den bisherigen erfolgreichen Abbau ungleicher Lebenslagen und -chancen der Blick auf noch bestehende Ungleichheiten geschärft wird. Auch Georg Simmel hat zur Jahrhundertwende auf die Dialektik von Angleichungsprozessen dahingehend aufmerksam gemacht, dass nämlich jede Angleichung die Unterschiedsempfindlichkeit schärft und die neuerliche Suche nach Differenz provoziert. Aus diesem permanenten Vergleich resultiert dann das Gefühl des „Ressentiments, das sich an die verbleibende oder die neu entstehende Ungleichheit heftet“ (Ostner 1998, S. 386).

Die Wohlstandsentwicklung und deren Bewertung, die Indikatoren, die die wahrgenommene Qualität der Gesellschaft beschreiben und die soziodemografischen Differenzierungen erläutern die inneren Spannungen, die bei der sozialen Angleichung im Bundesgebiet zu bewältigen sind. Dass in den neuen Bundesländern angesichts der vielfältigen biografischen Brüche und den dabei ausgelösten Verunsicherungen trotz oder gerade wegen der objektiv wie subjektiv erfolgten Anpassungsleistungen vielerorts noch an stereotypen Werten und Orientierungen festgehalten wird, erscheint individuell nachvollziehbar. Gemeinsame biografische Erfahrungen auf der Grundlage gleicher Chancen können mittelfristig die sicherlich resistenten divergierenden Stereotype in den neuen wie auch in den alten Ländern aushöhlen und durch neue Werte und Perspektiven ersetzen. Dass auch diese neuen Bilder, die ja bereits biografisch vorbereitet werden, zukünftig nicht mehr durch Ost-West-Divergenzen charakterisiert sind, wird nicht unwesentlich von der Gewährleistung gleicher Chancen abhängen. Insofern kommt auch und gerade Verteilungsfragen im weiteren Anpassungsprozess eine nach wie vor entscheidende Bedeutung bei.

Literaturverzeichnis

- Atkinson, Anthony B.* (1997): Bringing Income Distribution in from the Cold. In: *The Economic Journal*, 107, 297–321.
- Becker, Irene, Richard Hauser* (Hg.) (1997): Einkommensverteilung und Armut. Campus, Frankfurt am Main.
- Bedau, Klaus-Dietrich, Peter Krause* (1998): Das Einkommen der privaten Haushalte nach unterschiedlichen Statistiken. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 67. Jg., Heft 3, 209–234.
- Biewen, Martin* (2000): Income Inequality in Germany During the 1980s and 1990s, Review of Income and Wealth, 46(1).
- Böhnke, Petra, Jan Delhey* (1999): Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Working Papers, FS III 99408, Berlin.
- Böhnke, Petra, Jan Delhey* (2000): Lebensstandard. In: Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, 453–462.
- Bulmahn, Thomas* (1999): Attribute einer lebenswerten Gesellschaft: Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Working Papers, FS III 99–411, Berlin.
- Bulmahn, Thomas* (2000): Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger. In: Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, 602–612.
- Cowell, Frank A.* (1995): Measuring Inequality. Prentice Hall, Harvester Wheatsheaf (Second Edition).
- Delhey, Jan* (2000): Gesellschaftliche Konflikte und soziale Integration. In: Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, 592–601.
- Delhey, Jan, Petra Böhnke* (1999): Über die materielle zur inneren Einheit? Wohlstandslagen und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Working Papers, FS III 99–412, Berlin.
- Elbel, Günther* (1995): Zur Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1991. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 11, 801 ff. und 766 ff.
- Europäische Gemeinschaft* im Kampf gegen Armut. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, Heft 9, 1987.
- Eurostat* (1995): Armutsstatistik Ende der 80er Jahre: Untersuchung auf Basis von Mikrodaten. Bearbeiter: Aldi J.M. Hagenaars, Klaas de Vos und M. Asghar Zaidi, Luxemburg.
- Eurostat* (1999): Social Benefits and their redistributive effect in the EU. Eric Marlier (with Marc Cohen-Solal and Isabelle Terraz). *Statistics in Focus, Population and Social Conditions*, Theme 3–13, Luxembourg.
- Faik, Jürgen* (1995): Äquivalenzskalen. Duncker & Humblot, Berlin.
- Foster, James, Joel Greer, Erik Thorbecke* (1984): A Class of Decomposable Poverty Measures. *Econometrica*, 52 (3), 761–766.
- Frick, Joachim, Herbert Lahmann* (1997): Wohnungsmieten in Deutschland im Jahr 1996: Bericht auf Basis des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP). DIW-Wochenbericht 64 (21), 377–385.
- Habich, Roland* (1996a): Die Wohlfahrtssurveys — ein Instrument zur Messung der individuellen Wohlfahrt. In: Statistisches Bundesamt (Hg.), *Wohlfahrtsmessung — Aufgaben der Statistik im gesellschaftlichen Wandel*, Band 29 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart: Metzler-Poeschel 1996, 121–147.
- Habich, Roland* (1996b) Objektive und subjektive Indikatoren — Ein Vorschlag zur Messung des Wandels von Lebenslagen. In: Wolfgang Zapf, Jürgen Schupp, Roland Habich (Hg.), *Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt*, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag, 46–65.
- Habich, Roland* (1999): Lebensbedingungen. In: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.), *Handbuch zur deutschen Einheit. 1949–1989–1999*, Neuausgabe 1999, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999, 523–538.
- Habich, Roland, Detlef Landua* (1991): Der Wohlfahrts-survey im Herbst 1990 in Ostdeutschland — Konzeption und Methode. In: Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ (Hg.), *Lebenslagen im Wandel — Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in Ostdeutschland*, Band 5 der Reihe „Lebenslagen im Wandel“, Frankfurt am Main, 81–96.
- Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll* (2000a): Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung. In: Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit

- dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, 415–419.
- Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll* (2000b): Soziale Schichtung und soziale Lagen. In: Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, 552–559.
- Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll* (2000c): Zufriedenheit in Lebensbereichen. In: Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, 431–442.
- Habich, Roland, Wolfgang Zapf* (1993): Gesellschaftliche Dauerbeobachtung — Wohlfahrtssurveys: Instrument der Sozialberichterstattung. In: Richard Hauser, Notburga Ott, Gert Wagner (Hg.), Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Band 2, Erhebungsmethoden, Analysemethoden und Mikrosimulation, Berlin: Akademie-Verlag 1993, 13–69.
- Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll, Wolfgang Zapf* (1999): Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau. Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1998. In: ISI — Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 22, Juli 1999, 1–6.
- Hauser, Richard* (1997): Armut, Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 216, 524–548.
- Hauser, Richard, Gert G. Wagner* (2000): Die personelle Einkommensverteilung. Erscheint in: „Frontiers in Economics“ Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. Berlin u. a.
- Headey, Bruce, Robert E. Goodin, Ruud Muffels, Henk-Jan Dirven* (1997): Welfare Over Time: Three Worlds of Welfare Capitalism in Panel Perspective. *Journal of Public Policy*, 17 (3), 329–359.
- Hübinger, W.* (1996): Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg: Lambertus.
- Jenkins, Stephen P., Peter J. Lambert* (1998): Ranking Poverty Gap Distributions: Further TIPS For Poverty Analysis. *Research on Economic Inequality*, Greenwich, 8, 31–38.
- Kaase, Max* (1999): Innere Einheit. In: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.), Handbuch zur deutschen Einheit. 1949–1989–1999, Neuausgabe 1999, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999, 454–466.
- Krause, Peter* (1994): Armut im Wohlstand: Betroffenheit und Folgen. DIW-Diskussionspapier Nr. 88, Berlin.
- Krause, Peter* (1998): Die Entwicklung des Einkommens- und Lebensniveaus in der Transformation in Deutschland: Neue und Alte Bundesländer im Vergleich. In: Jerzy Kleer (Hg.): Transformation in den Neuen Bundesländern und Polen. Zwei Wege zur Marktwirtschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Warschau, 265–276.
- Krause, Peter, Roland Habich* (2000): Einkommensverteilung und Armut. In: Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, 581–591.
- Krause, Peter; Gert G. Wagner* (1997): Einkommens-Reichtum und Einkommens-Armut in Deutschland. Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). In: Ernst-Ulrich Huster (Hg.): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, Campus, Frankfurt am Main, 65–88.
- Leisering, Lutz* (1999): Eine Frage der Gerechtigkeit. Armut und Reichtum in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B18/99, 10–17.
- Leisering, Lutz, Stephan Leibfried* (1999): Time and Poverty in Western Welfare States. *United Germany in Perspective*. Cambridge, University Press.
- Meulemann, Heiner* (Hg.) (1998): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Leske + Budrich, Opladen.
- Noll, Heinz-Herbert* (1998): Wahrnehmung und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991–1996. In: Heiner Meulemann (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Leske + Budrich, Opladen, 61–83.
- Ostner, Ilona* (1998): Soziale Ungleichheit, Ressentiment und Frauenbewegung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 38/1998, 383–403.
- Projektgruppe Panel* (1995): Das sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1, 5–15.
- Schwarze, Johannes* (1997): Trends in the Income Distribution of Unified Germany Analyzed by Decomposable Inequality Measures. In: Notburga Ott, Gert G. Wagner (eds.): *Income Inequality and Poverty in Eastern and Western Europe*. Physica-Verlag, Heidelberg, 235–253.

- Wagner, Gert (1991): Die Erhebung von Einkommensdaten im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP). In: Rentel, Ulrich; Wagner, Gert (Hg.): Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984. Frankfurt/Main, Campus.
- Zapf, Wolfgang (2000): Wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren? Erscheint in: Oskar Niedermayer, Bettina Westle (Hg.): Demokratie und Partizipation, Westdeutscher Verlag, Leverkusen.
- Zapf, Wolfgang, Roland Habich (1995): Die sich stabilisierende Transformation — ein deutscher Sonderweg? In: Hedwig Rudolph (Hg.) unter Mitwirkung von Dagmar Simon, Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen: Handlungslogiken und -ressourcen im Prozeß der Transformation, WZB-Jahrbuch 1995, Berlin: edition sigma, 137–159.
- Zapf, Wolfgang, Roland Habich (Hg.) (1996): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin: edition sigma.
- Zapf, Wolfgang, Roland Habich (1999): Die Wohlfahrtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1999. In: Max Kaase, Günther Schmid (Hg.): Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, 285–314.

Summary

Income and Quality of Life in Unified Germany

In the transition of the new Laender towards market economy priority was given to the socioeconomic adaptation of their living conditions to the higher level of welfare in the old Laender, a development which differs from that in other east European countries. Over the last decade, significant progress in the adaptation process can be traced in the development of welfare, especially in the lower income groups and in the assessment of subjective well-being.

Concerning the still existing differences between the old and the new Laender in the level of incomes and the assessment of satisfaction, further accelerated adaptations are not to be expected in the near future.

Significant differences between the old and the new Laender continue to exist in the perception of the quality of society, especially in the assessment of administrative procedures and social conflicts as well as the realization of social safety and social justice.